

Der Hayek-Schmitt-Nexus. Neoliberalismus und Neue Rechte im anti-demokratischen Konsens

Phillip Becher — Kevin Rösch (Universität Siegen)

Contrary to the widespread notion that Friedrich August Hayek's liberal agenda is to be understood as an alternative to "authoritarian populism", the contribution shows that this juxtaposition quickly reaches its limits. Rather, a connection of intellectual and real history, conceived as a nexus, reveals a program advocated by both Hayek and Carl Schmitt, which was skeptical of democracy to the point of being anti-democratic and which was linked with far-reaching ideas on the theory of the state. Finally, a critical evaluation of corresponding discussions in liberal and conservative literature of the past century (i.a. Wilhelm Röpke) makes it possible to understand the close relationship between supposedly anti-statist neoliberalism and the ostentatiously anti-liberal New Right in the vein of Alain De Benoist.

De Benoist; Hayek; Röpke; Schmitt; Democracy; Dictatorship; Elite; Neoliberalism; New Right; Ordoliberalism; Theory of the State.

Angesichts der aktuell deutlich werdenden Krise des liberalen Verfassungsstaates (cfr. FISAHN 2022) sind Stimmen von Intellektuellen der Neuen Rechten zu vernehmen (cfr. MOUSAVI 2020), die auf eine weitere Verschärfung des autoritären Etatismus hoffen, der «Keimformen» (POULANTZAS 1979, p. 129) für eine Ablösung der liberalen Form bürgerlicher Herrschaft (cfr. KÜHNEL 1999) enthält. Und so erscheint eine Gegenüberstellung des, von der Neuen Rechten ideologisch inspirierten (cfr. GESSENHARTER 2003), "autoritären Populismus"¹ (cfr. HALL 1986) einerseits und "liberalen" Programmen andererseits naheliegend. Diese dichotome Lesart ist jedoch unzureichend.

Eine kritische Perspektive einnehmend, werden die Quellen, Verbindungs- und Zerfallslinien (cfr. OPITZ 1979) zeitgenössischen konservativen und liberalen Denkens in differenzierter Weise berücksichtigt und ideologiekritisch ausgewertet. Mithilfe dieser Ideengeschichte, die einer

¹ Cfr. zur Einordnung der aktuellen rechtspopulistischen Phänomene BECHER 2021.

Verschränkung von Text- und Realgeschichte (LOSURDO 2016, p. 14) Rechnung trägt, lässt sich ein spezifischer Zusammenhang identifizieren, den wir den *Hayek-Schmitt-Nexus* nennen. Diese Identifikation erfolgt in Anlehnung an eine Formulierung Friedemann SCHMIDTS (2001, p. 219), der mit Blick auf Diskussionen innerhalb der Neuen Rechten bereits vor zwei Jahrzehnten von der «Synthese Schmitt/Hayek» sprach. Er bezog sich hiermit kritisch auf den ehemaligen CSU-Politiker und vormaligen Vorsitzenden der Evangelischen Notgemeinschaft Ulrich MOTTE (1993, p. 139), der im einstigen rechtsintellektuellen Leitmedium *Criticón* den Bedarf an einer «konservative[n] Demokratietheorie» anmeldete und als Bezugspunkte explizit Carl Schmitt und Friedrich August Hayek nannte. Auch die “postfaschistische” italienische Rechte zählt Schmitt und Hayek gleichermaßen zu ihren Säulenheiligen (cfr. FISICHELLA 2004).² Der Kopf des einflussreichen neurechten Think-Tank *Club d’Horloge* in Frankreich Henry DE LESQUEN (2015) plädiert für einen “Nationalliberalismus”, zu dessen Referenzinstanzen er ebenfalls sowohl Schmitt als auch Hayek rechnet. Und auch der Hauptvertreter des gegenwärtigen russischen Eurasismus Alexander DUGIN (2022, p. 98), für dessen Ideologie «Carl Schmitt [...] von zentraler Bedeutung» (HÖLLWERTH 2007, p. 241) ist, empfiehlt seinem politischen Lager ausdrücklich ein Bündnis mit Liberalen in der Hayekschen Tradition.

Der Staatsrechtler Schmitt zählte zur Richtung eines dezisionistischen Konservatismus, der im entscheidenden, verhängnisvollen historischen Moment für den Faschismus Partei ergriff: «Indem er die bürgerliche Gesellschaft als von einem existentiellen Freund-Feind-Verhältnis, den Staat als vom Ausnahmezustand und den historischen Prozeß als von absoluter Willkürentscheidung der Elite abhängig definierte, bereitete er [...] den Boden für ein Terrorsystem» (FRITZSCHE 1998, p. 287). Der Fluchtpunkt des Schmittschen Denkens und Wirkens findet sich also in seinem Übergang vom «Kronjurist[en] der Gegenrevolution» (SCHULTES 1947) zum «Kronjuristen Adolf Hitlers» (HAYEK 2002b, p. 78), der für die Unbändigkeit der Gewalt des staatlichen Souveräns im permanenten Ausnahmezustand juristische und paraphilosophische Rechtfertigungen lieferte (cfr. SCHMITT 1934). HAYEK (2006), der führende

² Bereits in den 1970er Jahren erschienen HAYEKS (1976) Ausführungen in mit dem italienischen Neofaschismus verbundenen Druckorganen.

Vertreter der österreichischen Schule der Nationalökonomie mit intellektuellen Verbindungen zum Ordoliberalismus (cfr. KOLEV 2021; REICHHOLD 2018, pp. 38, 43, 112), hingegen wird angesichts seines ostentativen Antietatismus als «Prophet der Freiheit in einer Zeit der Tyrannie» (BROWNFELD 1992; Übersetzung d. A.) gewürdigt. Sein, das Pinochet-Regime in Chile rechtfertigender staatspolitischer Aphorismus, wonach ein liberaler Diktator einer an Liberalismus mangelnden demokratischen Regierung (zumindest übergangsweise) vorzuziehen sei (SLOBODIAN 2019, p. 394; BIEBRICHER 2021, p. 112 – cfr. die hierfür grundlegende allgemeine Überlegung in HAYEK 2002b, p. 70 und 2002d, p. 110), muss demgegenüber auf den ersten Blick nicht wie eine Konsequenz aus, sondern wie eine Abweichung von seinem spezifischen Freiheitsprogramm erscheinen.

Der trotz dieser augenscheinlichen Widersprüche zwischen den beiden Denkern zu konstatierende *Hayek-Schmitt-Nexus* bildet eine wesentliche intellektuelle Grundlage für die gegenwärtige Liberalismuskritik von rechts. Eine Analyse dieses Nexus bietet exakteren Aufschluss über den Charakter der extremen Rechten als es andere ideengeschichtliche Verkettungen (cfr. zum Beispiel KAISER 2018) zu tun vermögen. Da der hier untersuchte Nexus vor allem Fragen von Staatskonzept und Demokratietheorie betrifft, soll zunächst, eingedenk der historischen Trennung von politischem und ökonomischem Liberalismus, die Entwicklung neoliberaler Staatsverständnisse im 20. Jahrhundert, am Beispiel des Ordoliberalismus, nachgezeichnet werden. Dies wird mit Schmitts Ideen zum Verhältnis von Staat und Wirtschaft kontrastiert (*Abschnitt 1*). Dem schließt sich eine kritische Auswertung der wissenschaftlichen Literatur zu der Frage der Affinitäten und Divergenzen zwischen Hayek und Schmitt an (*Abschnitt 2*). Nachdem so der wesentliche Inhalt des Nexus erkennbar wird, soll im darauffolgenden *Abschnitt 3* aufgezeigt werden, inwieweit dieser Nexus gerade bei einer erklärtermaßen antiliberalen kontemporären Rechten den programmatischen Kern ausmacht. Abschließend soll nach dem für die Frage des Fortbestandes liberaldemokratischer Gemeinwesen virulenten Fluchtpunkt des *Hayek-Schmitt-Nexus* gesucht werden (*Abschnitt 4*).

Der hier zur Anwendung gebrachte theoretische wie methodische Zugriff dürfte indes nicht nur auf Zustimmung stoßen. So bedauert die liberale Ökonomin Karen HORN (2021) angesichts einer neueren

kritischen Liberalismusforschung eine «Politisierung der Auseinandersetzung». Dass es mitnichten um ein «ideologische[s] Scharmützel» geht, sondern wir uns inmitten des eigentlichen Problems befinden, wird deutlich, wenn im gleichen Zuge wie diese Kritikabwehr für ein Verständnis für die «Sorge vieler [...] Ökonomen nach dem Ersten Weltkrieg, dass es in der damals neuen Massendemokratie schwer werden könnte, wesentliche Freiheiten auf Dauer zu bewahren», plädiert wird, also nicht der sich darin äussernden Demokratieskepsis bis -feindlichkeit, sondern der Kritik daran ideologische Gehalte unterstellt werden. Der vorliegende Beitrag offeriert anhand des sich selbst aktualisierenden *Hayek-Schmitt-Nexus* deshalb keine Oberflächensondierung, sondern eine Tiefenbohrung, um zu dem häufig aus ideologischen³ Gründen verdeckten Kern zu gelangen und zugleich einer Theorieentwicklung im Sinne des in der Tat bedrohten liberalen Motivs (cfr. OPITZ 1979) dienlich zu sein.

1. *Staatstheoretische Grundlagen des Nexus*

Vor allem im Vergleich mit den anderen großen politischen Ideen der Moderne – dem Konservatismus und dem Sozialismus – wird der Liberalismus häufig durch seinen vermeintlichen Antietatismus gekennzeichnet. Die hiermit assoziierte idealtypische liberale Forderung lautet demnach, dass der Staat sich möglichst umfangreich aus den Belangen der Bürger*innen heraushalten soll. So erschien dem jungen Antonio GRAMSCI (1986, pp. 72-73) die «liberale Literatur» als «eine einzige Polemik gegen den Staat» und die Geschichte des Kapitalismus im Wesentlichen als ein Kampf zwischen «Bürger und Staat». Zentral für den Liberalismus sei es, Bedingungen der ökonomischen Konkurrenz zu sichern; letztere sei der «erbittertste Feind des Staates». Ob diese Charakterisierung des Liberalismus im Italien der ausgehenden 1910er Jahre zutreffend war oder nicht, sei dahingestellt.⁴ Wie aber sah das Staatsverständnis

³ Cfr. zum hier zur Anwendung gebrachten Ideologiebegriff KOFLER 1975.

⁴ Wie sich später zeigen sollte, war sich GRAMSCI (1977, p. 1590) sehr wohl bewusst, dass der Liberalismus keineswegs einen rein passiven Staat voraussetzt, sondern auf eine Form staatlicher Regulierung orientiert und nicht bloß der

der dem Liberalismus zugehörigen zeitgenössischen Theoretiker tatsächlich aus?

Kurz nachdem Gramsci seine Überlegungen zum Verhältnis von Staat und Wirtschaft im Liberalismus festgehalten hat, wandte sich der damals 24-jährige Wilhelm Röpke demselben Thema zu. In seinem 1923 verfassten Aufsatz *Wirtschaftlicher Liberalismus und Staatsgedanke* entwickelt RÖPKE (1959), der später gemeinsam mit Hayek die Gründung der *Mont Pèlerin Society* (MPS) initiieren sollte (KOLEV 2017, p. 41), eine ideengeschichtliche Innovation, die einige Überlegungen der Neoliberalen der ersten Generation aus den frühen 1930er Jahren vorwegnehmen sollte. Röpke war bis zu ihrem Bruch, der mit seinem Austritt aus der MPS im Jahr 1961 (WALPEN 2004, p. 151) einherging, ein enger Vertrauter Hayeks.⁵ Während sich letzterer subjektiv vom Konservatismus abgrenzte (HAYEK 1971, pp. 481-497)⁶, gilt Röpke als einer der konservativeren Vertreter des Neo- und Ordoliberalismus (cfr. SOLCHANY 2018).

Daher fungiert Röpke, ergänzt um weitere Denker des Ordoliberalismus, als «Brücke zwischen dem echt-liberalen und konservativen Denken», wie sich sein zeitweiliger MPS-Kompagnon, der ultrarechte katholische Publizist Erik KUEHNELT-LEDDIHN⁷ (1973, p. 146) ausdrückte, und damit als intellektuelles Bindeglied zwischen Hayek und Schmitt. Dies gilt, obschon sich Röpke selbst von den politischen Implikationen

Spontaneität das Wort redet. Zur Entwicklung von Gramscis Liberalismusanalyse bzw. -kritik cfr. LOSURDO 2012, pp. 99-106.

⁵ Die Verbundenheit von Hayek und Röpke lässt sich an Röpkes Einführung zur deutschsprachigen Erstausgabe in Hayeks *Der Weg zur Knechtschaft* von 1945 (LÖFFLER 2002, p. 277) veranschaulichen. Im Gegenzug bezeichnet HAYEK (1959, p. 25) Röpke in seiner Glückwunschadresse in *Gegen die Brandung* als «Mitstreiter» und «Freund».

⁶ Diese Selbsteinschätzung kann jedoch nicht unwidersprochen bleiben, da Hayeks Betonung von kultureller Konvention und Evolution stark auf eine explizit konservative Haltung hinweist, ähnlich der eines Edmund Burke (BIEBRICHER 2021, p. 218; REICHHOLD 2018, p. 188).

⁷ Kuehnelt-Leddihn war in den 1930er Jahren die zweifelhafte Ehre zuteilgeworden, den Mussolini-Preis für die beste antikommunistische Literatur erhalten zu haben (OSTERMANN 2018, p. 319). Noch in den 1990er Jahren ließ er (1991, p. 53) sich unter anderem mit Bezug auf Pinochet-Chile über «segensreich[e]» «rechtsdrallige Militärdiktaturen» aus.

der Analysen der Denker der deutschen Konservativen Revolution distanzierte (PTAK 2004, p. 41), zu der Schmitt von seinem Schüler Armin MOHLER (1989) gezählt wurde.⁸ Jedoch teilte Röpke, wie seine ordoliberalen Zeitgenossen, die grundsätzliche Pluralismus- und Parlamentarismuskritik der Zwischenkriegsrechten.

Vor dem Hintergrund des Ersten Weltkriegs und der Kriegswirtschaft bedauert RÖPKE (1959, p. 43) in seinem bereits erwähnten Aufsatz von 1923, dass das «organische[...] Gebilde[...]» des Marktes durch «mechanische Schematisierung, bürokratisches Gebot und monopolistisches Diktat» ersetzt wurde und damit die «wirtschaftliche[...] Demokratie, von der es heißt, daß in ihr “jeder Penny einen Stimmzettel bedeutet”», verloren ging. Interessant ist hier Röpkes frühe Umwidmung des Begriffs der Demokratie im Bereich des Ökonomischen: Nicht etwa die Organisation in Betriebsräten, betriebliche Mitbestimmung oder gar darüber hinaus weisende Perspektiven wie Sozialisierung gelten ihm als demokratisch. Es ist vielmehr und allein die Kaufentscheidung, die mit Wirtschaftsdemokratie gleichgesetzt wird. Laut Röpke wurde insbesondere seit Kriegsende der freie Unternehmerwille fortlaufend «unter der Herrschaft des staatlich konzessionierten und begünstigten Monopolismus» zersetzt. Was bedeutet das für den Liberalismus? Anstatt in Frontstellung *gegen* den Staat an sich zu gehen, bezieht Röpke eine zunächst irritierend wirkende Position. Der Kampf *für* den Staatsgedanken sei ein zentrales Anliegen des Liberalismus und die Beschränkung des Staates auf eine Nachtwächterrolle sei keine Lösung. Für Röpke heißt das aber gleichzeitig, dass der Staat nicht «mit plumper Hand in die Eigengesetzlichkeit des Marktes» (*ibid.*, p. 45) eingreifen darf. Hiermit wendet sich Röpke sowohl gegen einen *Laissez-faire*-Liberalismus als auch gegen den

⁸ So wenig sich Röpke beispielsweise von Oswald Spenglers Lamento über den Untergang des Abendlandes affizieren ließ, so sehr war er allerdings von Henri Massis und dessen Aufruf zur Verteidigung des Okzidents begeistert (RÖPKE 1979a, p. 135; SOLCHANY 2015, p. 347). Die Schriften des ultrarechten katholischen Schriftstellers, dessen Parteinahme für das “Abendland” ihren Ausdruck in Propaganda zugunsten des faschistischen Putsches in Spanien 1936 fand, feierten jüngst Urstände (cfr. BRASILLACH, MASSIS 2017). Positiv bezog sich RÖPKE (1966a, p. 5) auch auf Armin Mohler, der diese Anerkennung erwiderte (MOHLER 1974, p. 109).

aus seiner Warte “interventionistischen” Staat der Weimarer Republik. Er bezieht ausdrücklich keine «staatsfeindliche» Haltung, da «der Staat die Verkörperung des über den Gruppeninteressen stehenden Gemeinwohls ist». Deshalb kommt es für Röpke (*ibid.*, p. 46) darauf an, den schwachen, vor den ökonomischen Akteuren kapitulierenden Staat, der durch sein “interventionistisches” Verhalten Sonderinteressen fördert, zu kritisieren:

«So muß der Liberale in jedem Augenblick bestrebt sein, dem Staate zu geben was des Staates ist. Wer sollte denn sonst heute noch Hüter des von allen Seiten unterhöhlten Staatsgedankens sein, wenn nicht – so absurd es klingt – der Liberale? Wer außer ihm soll ihn verfechten gegen die monopolistische Großwirtschaft, den organisierten Grundbesitz und die straff zusammengeschlossene Arbeiterschaft?»

Der Sozialphilosoph Leo KOFLER (2007, p. 174) hegte Zweifel an der hierin zum Ausdruck gebrachten Äquidistanz gegenüber den gesellschaftlichen Klassen und wies die nicht zufällige Schlagseite in Röpkes Denken nach, die eine Positionierung gegen die «wirtschaftliche Organisation der gesellschaftlich Schwachen, die Gewerkschaften» offenbart. Das Röpkesche Bild eines schwachen, von Interessengruppen beanspruchten Staates wurde später von seinen ordoliberalen⁹ Zeitgenossen aufgegriffen. Sowohl Walter Eucken als auch Alexander Rüstow hielten 1932 auf der Jahrestagung des *Vereins für Socialpolitik* Reden, die als grundlegende Dokumente der Gründungsphase des Ordoliberalismus gelten und sich genau dieser Problematik widmeten. Ihre Zeitdiagnose vor dem Hintergrund der von ihnen mitgeläuteten Totenglocke der Weimarer Republik lautete, dass sich der Kapitalismus in einer schweren Krise befand und die liberale Ordnung erodierte – hervorgerufen durch einen übermäßig eingreifenden Wohlfahrtsstaat, der das Ergebnis einer allgemeinen Verflechtung von Großunternehmen, Gewerkschaften und des Staates, kurz: der Politisierung der Wirtschaft, war. Parallel identifizierte EUCKEN (1932, p. 306), dass der Prozess der «Demokratisierung

⁹ Allerdings bekannten sich diese Theoretiker noch nicht zum Ordoliberalismus – ein Begriff, der erst in den 1950er Jahren eingeführt und als Selbstbezeichnung aufgegriffen wurde (PTAK 2004, p. 23).

den Parteien und den von ihnen organisierten Massen und Interessengruppen einen stark gestiegenen Einfluß auf die Leitung des Staates und damit auf die Wirtschaftspolitik» verlieh. Der Weimarer Staat ist dem ordoliberalen Verständnis nach ein zwar “interventionistischer”, aber nichtsdestotrotz schwacher Staat, der «sich des vereinten Ansturms der Interessentenhaufen nicht mehr erwehren kann» und daher «von den gierigen Interessenten auseinandergerissen» (RÜSTOW 1963, p. 255) wird (RÖPKE 1979b, p. 184). RÜSTOW (1963) bezeichnete dieses Phänomen unter Bezugnahme auf Schmitt (*ibid.*, p. 254) als «Pluralismus schlimmster Sorte», wodurch der Staat zur «Beute» (*ibid.*, p. 255) organisierter Interessengruppen wird.

Der ordoliberale Gegenentwurf ist der starke Staat, der unabhängig von dieser Art der Einflussnahme und demokratischen Forderungen sein soll. Er kennzeichnet sich durch eine «Selbstständigkeit der Willensbildung» (EUCKEN 1932, p. 307) und in der Sphäre der Entscheidungsfindung beruht er auf einem «reine[n] Staatsinteresse» (*ibid.*), «was auf ein organistisches Staatsverständnis schließen lässt» (BIEBRICHER 2021, p. 109). Damit steht er – wie bei SCHMITT (1940, p. 109) als «höhere[r] Dritte[r]» – oberhalb gesellschaftlicher Auseinandersetzungen. Er ist «monistisch[...]» (RÖPKE 1979d, p. 206) und «neutral im Sinne des höheren Ganzen» (RÜSTOW 1963, p. 257). Dieser starke und durchsetzungsfähige Staat hat «Mut [...] zu regieren» (RÖPKE 1979a, p. 310), zeigt sich «überlegen nicht durch Gewalt und Herrschaft, sondern durch Autorität und Führertum» (RÜSTOW 1963, p. 257) und soll nach Rüstow im Ernstfall mittels einer (zeitlich befristeten) *Diktatur innerhalb der Grenzen der Demokratie* – einer am «plebiszitären Führerprinzip» (PTAK 2004, p. 38) orientierten Kanzlerdiktatur¹⁰ – implementiert werden. Eine mögliche Perpetuierung einer solchen Übergangsherrschaft, die aufgrund ihres Charakters als Diktatur ein Interesse daran hat, die für sie legitimen Grenzen der Demokratie aufzuweichen und zu verschieben, wird von Rüstow jedoch nicht erörtert.

Insbesondere diese Vorstellung eines einheitlichen, homogenen – und «“neutralen”, weil von Parlament und Parteien unabhängigen» (CHAMA-YOU 2019, p. 346) – Staatswillens und die damit verbundenen

¹⁰ Im Gegensatz zu Rüstow spricht sich Schmitt für eine Diktatur des Reichspräsidenten aus (BIEBRICHER 2021, p. 212).

Ressentiments gegen alles, was diesen gefährden könnte (vor allem Demokratisierungsforderungen), unterstreichen, dass die ordoliberalen Staatskonzeption zumindest offen für autoritäre Regierungsformen ist (BIEBRICHER 2021, p. 110). Wie Grégoire CHAMAYOU (2019, p. 346) argumentiert, ist dieser Staat deshalb autoritär, weil er «sich anmaßt, [der] einzige Urheber [...] des politischen Willens zu sein». Diesen Umstand brachte der sozialdemokratische Staatsrechtler Hermann Heller bereits 1933 auf die prägnante Formel des “autoritären Liberalismus”, womit er versuchte, eine autoritäre Regierung, die gegen demokratische Bestrebungen und insbesondere zur Verteidigung des Kapitalismus herbeigesehnt wurde (WILKINSON 2021, p. 5), zu umreißen. Diesen autoritären Liberalismus erkannte Heller in der staatsrechtlichen Konzeption Schmitts (BONEFELD 2017, p. 748).

Letzterer hielt ebenfalls 1932 eine mittlerweile berühmte Rede vor dem *Langnamverein*, einer Industriellenvereinigung, in der er sich, wie bereits der Titel der Rede – *Starker Staat und gesunde Wirtschaft*¹¹ – verrät, mit dem Verhältnis von Staat und Wirtschaft auseinandersetzt. Schmitts Kritik der parlamentarischen Demokratie der Weimarer Republik ist im Wesentlichen identisch mit der obigen Charakterisierung seitens der ordoliberalen Theoretiker. Thomas BIEBRICHER (2015, p. 258) betont daher zurecht, dass letztere in ihrer Konzeption des schwachen Staates – neben dem geteilten Antisozialismus, der Fixierung auf Ordnung sowie der Ablehnung der Wirtschaftsdemokratie (WILKINSON 2021, p. 66) – der Schmittschen Idee des quantitativ totalen Staates durchaus nahe stehen. Für SCHMITT (1995, p. 75) ist der quantitativ totale Staat «aus der Unfähigkeit heraus, dem Ansturm der Parteien und der organisierten Interessen stand zu

¹¹ IRVING (2018, p. 119; Übersetzung d. A.) unternimmt den Versuch, anhand der zwei leicht voneinander abweichenden Titel der 1932er Reden von Schmitt und Rüstow (*gesunde* statt *freie Wirtschaft*) auf inhaltliche Diskrepanzen zu schließen. Bei Schmitt sei der Diktator ein «Arzt, der die wirtschaftliche Gesundheit des Gesellschaftskörpers überwacht und bei Bedarf eingreift» und sich damit von Rüstows Vorstellung eines absolut nichtinterventionistischen Staates absetze – eine unzureichende Beschreibung des ordoliberalen Staatsverständnisses. Vielmehr plädiert RÜSTOW (1963, p. 253) selbst für einen «liberale[n] Interventionismus» und kommt damit Irvings Deutung von Schmitts “Arzt” sehr nahe.

halten», wehrlos und schwach. Wie der schwache Staat bei den Ordoliberalen wird er deshalb nachgiebig und interventionistisch: «Seine Expansion ist die Folge [...] nicht seiner Stärke, sondern seiner Schwäche». Damit kennt dieser Staat «überhaupt keine staatsfreie Sphäre mehr» und ist daher «total in einem rein quantitativen Sinne, im Sinne des bloßen Volumens, nicht der Intensität und der politischen Energie» (*ibid.*, p. 74; Hervorhebung im Original). Für Schmitt ist klar, dass diese Krisensituation durch «totale[...] Parteien», «die auf dem Wege über das Parlament den Staat beherrschen und ihn zum Objekt ihrer Kompromisse machen» (*ibid.*, p. 75), entstanden ist. Diese Analyse der Krisenursachen, für die Schmitt von HAYEK (1983, pp. 277-278) unter dem Schlagwort einer problematisierten “omnipotenten Demokratie” Anerkennung erhielt, gleicht damit auch der ordoliberalen Diagnose (PTAK 2004, p. 289): “Massendemokratie” und Pluralismus sind schuld an der gesellschaftlichen Misere. Wo ist für Schmitt der Ausweg aus dieser festgefahrenen Situation? Auch ihm dient der starke Staat, welcher «die furchtbare Verfilzung mit allen möglichen, der Sache nach nicht staatlichen Angelegenheiten und Interessen [zu] lösen» (SCHMITT 1995, p. 77) vermag, als eine Perspektive. Im Gegensatz zu den Ordoliberalen ist Schmitt an dieser Stelle jedoch konkreter: Um die unerwünschte Politisierung der Wirtschaft zurückzudrängen (MAUS 1976, pp. 152-159), ist ein «schmerzhafter chirurgischer Eingriff» (SCHMITT 1995, p. 77) notwendig. Es handelt sich um einen «politische[n] Vorgang» (*ibid.*), der die liberal-bürgerliche Trennung von Staat und Wirtschaft¹², wie sie auch von den ordoliberalen Theoretikern gefordert wurde, wiederherstellen soll – was scheinbar im Widerspruch zur

¹² Hinzu kommt jedoch bei SCHMITT (1995, p. 80) eine dritte, intermediäre Sphäre der «Selbstverwaltung», die zwar öffentlich, aber nicht staatlich ist und «von den Trägern dieser Wirtschaft selbst organisiert und verwaltet» wird. Renato CRISTI (1998, p. 202) erkennt genau in dieser – zwischen den anderen, der liberal-bürgerlichen Trennung entsprechenden, vermittelnden – Sphäre eine Ähnlichkeit mit dem faschistischen Korporatismus und verweist darauf, dass diese Sphäre für Schmitt dazu diene, die Autorität des Staates zu stärken. Schmitts Idee der dritten Sphäre illustriert seine Auffassung, dass ein gewisser Interventionismus in Zeiten der “Massendemokratie” unvermeidlich ist und daher die ersehnte Rückkehr zu dem alten «“dualistische[n]” Staat» (SCHMITT 1931, p. 75) des 19. Jahrhunderts eine Illusion darstellt (*ibid.*, p. 81; SCHMITT 1995, p. 79).

herrschenden Lesart Schmitts steht, die ihn als Kritiker des Liberalismus deutet (cfr. kritisch LANDA 2021, p. 172).

Dass Schmitt kein Kritiker des Wirtschaftsliberalismus war, unterstreicht eines seiner Ziele: die «Wirtschaftsautonomie im starken Staat» (MAUS 1976, p. 154). Den politischen Liberalismus hingegen lehnte Schmitt in Zeiten der “Massendemokratie” strikt ab, da er «historisch obsolet geworden» (LANDA 2021, p. 175) sei – ein Urteil, das darauf gründet, dass das Parlament nun nicht mehr ein Ort ausschließlich bürgerlicher Provenienz ist. Schmitt ist kein Antiliberaler per se – vielmehr möchte er «zu dem liberalen Status quo zurückkehren, wie er bestanden hatte, bevor sich “das Volk” auf unerträgliche Weise aufgeplustert hatte» (*ibid.*, p. 194). Schmitt vereint in diesem Punkt fast auf dialektische Art und Weise zwei Gegensätze: Weil der Versuch einer Rückkehr zum alten Liberalismus im Zeitalter der “Massendemokratie” den Verwirklichungsmöglichkeiten des liberalen Motivs für die «besitzlosen Massen» (SCHMITT 1995, p. 83) entgegensteht, zieht er zwangsläufig illiberale Konsequenzen nach sich.

Für Schmitt war die politische Ohnmacht des Parlamentarismus der Weimarer Republik eine direkte Konsequenz aus dem Untergang des frühen Liberalismus und dem Aufstieg eines gegenüber demokratischen Forderungen zu nachgiebigen Liberalismus (CRISTI 1998, p. 149). Um die notwendige Restauration zu erreichen, sind für ihn in Zeiten der “Massendemokratie” autoritäre, faschistische Maßnahmen erforderlich. Der als identitärer “Demokrat” posierende Schmitt lässt sich, sobald hinter seine demagogische Fassade geblickt wird (LANDA 2021, pp. 183-186), als Antidemokrat begreifen, wie an seiner Kritik der «Wirtschaftsdemokratie» (SCHMITT 1995, p. 80) gezeigt werden kann, die wiederum auf seine Haltung zur politischen Demokratie zurückwirkt. Die Wirtschaftsdemokratie lehnt Schmitt (*ibid.*; Hervorhebung im Original) unmissverständlich ab, weil gerade sie zu einer «*Vermischung von Wirtschaft und Politik*» führe. Wie bei den Ordoliberalen führt diese Vermischung für Schmitt dazu, dass sich Kräfte «bestimmter Seite» mit politischer und wirtschaftlicher Macht ausstatten.

Im Kern geht es also sowohl den frühen Theoretikern des Ordoliberalismus als auch Schmitt darum, die “freie Wirtschaft” – mithin das reibungslose Funktionieren des Kapitalismus – vor demokratischen Forderungen und Tendenzen zu schützen; sie sehen deshalb gleichermaßen die

Notwendigkeit eines *starken Staates*, beziehungsweise eines *qualitativ totalen Staates* (*ibid.*, p. 74), der seine Kraft einsetzen muss, «um die Wettbewerbsordnung zu verteidigen.» (BIEBRICHER 2021, p. 64) Auch diese Entwicklung war keine deutsche Spezialität, hatten sich doch kurz zuvor vergleichbare Zerfallslinien des Liberalismus in Italien, verbunden mit Namen wie Vilfredo Pareto, auf einen ähnlichen Weg begeben (DEPPE 1999, pp. 197-198).

Zusammenfassend erkennen wir sowohl bei den ordoliberalen Vordenkern als auch bei Schmitt einen Zusammenhang, den der Historiker Ishay LANDA (2021, p. 21) «liberale Spaltung» nennt. Diese Spaltung ist im Wesentlichen dadurch gekennzeichnet, dass «Wirtschaftsliberale nicht selten bereit [waren], die überflüssige Last liberaler politischer Institutionen und Ideale über Bord zu werfen», wenn dies zur Rettung des Kapitalismus erforderlich war. So plädierte RÖPKE (1962, p. 124) bereits 1933 für die Beschneidung des gegenüber der Demokratie zu nachgiebigen Liberalismus, um den Liberalismus nach seiner Fassung zu schützen:

«Wenn der Liberalismus daher die Demokratie fordert, so nur unter der Voraussetzung, daß sie mit Begrenzungen und Sicherungen ausgestattet wird, die dafür sorgen wird, dass der Liberalismus nicht von der Demokratie verschlungen wird.»

Vierzehn Jahre später benennt RÖPKE (1947, p. 20) in *Das Kulturideal des Liberalismus* seine Vorstellung von diesen notwendigen Begrenzungen und Sicherungen, die einen «Damm an Einrichtungen» «[g]egen die Gefahr des Jakobinismus» errichten sollen. Durch diese Überlegungen wird seine Idee eines «unvergänglichen Liberalismus» (*ibid.*, p. 11), also eines sich gegenüber der Demokratie erwehrenden Liberalismus, konkreter umrissen. Einige dieser Vorschläge sind durchaus mit einem liberalen Politikverständnis vereinbar – wie beispielsweise eine «strenge Gewaltenteilung» oder eine «föderative Staatsstruktur» (*ibid.*, p. 20) –, während seine Überlegung, die «Parlamentsherrschaft» durch eine «Monarchie oder ein starkes Präsidialsystem» einzudämmen, für Röpkes (*ibid.*) illiberales Denken kennzeichnend ist. So ist es nicht überraschend, dass RÖPKE (1966a) später öffentlichkeitswirksam für Charles de Gaulle und dessen 1958 errichtete Fünfte Französische Republik (cfr. ZIEBURA 2003) Partei ergriff. De Gaulles Glaube «an die “Nation” als

geschichtlich gewordenes Kraftfeld und höchste Form unbedingter politischer Gemeinschaft» hob er positiv hervor (RÖPKE 1966a, p. 4) und bewunderte den General als eine «Rückversicherung» gegen linke Tendenzen (RÖPKE 1963). Weiter wird Röpkes Illiberalismus durch seine Vorstellung einer «reiche[n] gesellschaftliche[n] Gliederung» (RÖPKE 1947, p. 20) untermauert, die er in seiner vielbeachteten *Civitas Humana* in Form einer Forderung nach dem Erhalt und Ausbau einer «vertikalen Schichtung der Gesellschaft» (RÖPKE 1979, p. 210) anbot, die mit Hilfe einer Elitenführung zu einer «organischen» Gesellschaft werden soll. Das hierbei zugrunde liegende Prinzip ist jenes, «das den Platz des einzelnen in der Gesellschaft bereits durch die *Geburt* bestimmt» (*ibid.*, p. 211; Hervorhebung im Original).¹³

Der «antiliberale Liberale» (LANDA 2021, pp. 172-193) Schmitt grenzt sich selbst zwar vom Liberalismus ab und wähnt sich – ähnlich wie HAYEK (2002e, p. 205)¹⁴ und auch RÖPKE (1962b, p. 119) – im Reich der Demokratie (SCHMITT 2017, p. 13-14). Wie LANDA (2021) allerdings überzeugend ausarbeitet, ist Schmitt nicht im demokratischen Lager zu verorten. Die gemeinsame Wurzel des Wirtschaftsliberalismus in ökonomischer Hinsicht sowie einen strikten Antipluralismus in politischer Hinsicht teilt er mit den frühen Ordoliberalen – und mit Hayek.¹⁵ Um diese Vorstellungen realisieren zu können, sehen alle hier untersuchten Positionen die Notwendigkeit eines starken Staates, der die Entpolitisierung der Wirtschaft umsetzt. Dieser Zusammenhang ist ein wesentlicher Bestandteil des *Hayek-Schmitt-Nexus*.

¹³ Für eine weiterführende Diskussion dieser Ideen Röpkes und deren Einbettung in sein Gesamtwerk cfr. BECHER, BECKER, RÖSCH, SEELIG 2021.

¹⁴ Hierbei ist allerdings sowohl Hayeks Beitrag zur Resignifizierung des Begriffs “Demokratie” (SON 2020, pp. 106-145) als auch seine Favorisierung des Ausdrucks “Demarchie” (HAYEK 2002c, p. 149) zu beachten.

¹⁵ Zwar parallelisiert der konservative Politologe Gottfried DIETZE (1978, pp. 119–121) Hayek und Schmitt zutreffend miteinander und setzt richtigerweise den Antiliberalismus des Letzteren mit einer Sorge um eine bestimmte Variante des Liberalismus in Verbindung. Nicht haltbar ist allerdings sein Versuch, dies als Ausdruck einer grundsätzlichen Parteinahme für die Weimarer Republik darzustellen.

2. *Ein Nexus der Verbindung und Vertiefung*

Die Befunde des konservativen Historikers Ernst Nolte, der sich in seinen, den historischen Faschismus entlastenden Werken der Methode der «vergleichenden Verharmlosung» (GAY 1986, p. 14) bediente, halten einer kritischen historiographischen Betrachtung nicht stand. Unter dem Stichwort eines «kausalen Nexus» bezeichnete NOLTE (1986) den «“Klassenmord” der Bolschewiki» als «das logische und faktische Prius des “Rassenmords” der Nationalsozialisten» und löste mit dieser These den westdeutschen Historikerstreit aus (WIEGEL 2001, pp. 71-111). So abwegig sich Noltes These auch darstellt, so soll das Stichwort *Nexus* des für das Geschichtsbild der Neuen Rechten wichtigen Denkers dennoch in kritischer Weise und klärender Absicht aufgegriffen werden. NOLTE (2002, p. 8) definierte den Nexus als eine «ursächliche Verknüpfung, aber nicht etwa vollständige Determination». Im Falle des *Hayek-Schmitt-Nexus* lässt sich die ursächliche Verknüpfung auf den gemeinsamen Kern des Wirtschaftsliberalismus, wie im ersten Abschnitt dargestellt, zurückführen, der die Verbindung zwischen Hayek und Schmitt überhaupt erst ermöglicht. Die nicht vollständig deterministische Seite des *Nexus* tritt spätestens dann zutage, wenn die politischen Lösungsansätze der beiden Denker betrachtet werden. Obschon sich in dieser Hinsicht tendenzielle Divergenzen abzeichnen, sind die zu konstatierenden Schnittmengen nicht arbiträr und keineswegs rein zufälliger Natur.

Die Forderung nach einer Entpolitisierung der Wirtschaft nimmt, Schmitt und den frühen Ordoliberalen ähnlich, auch bei Hayek eine zentrale Rolle in seiner Kritik zeitgenössischer Demokratie ein, welche «zu einer *unbeschränkten* Demokratie verkommen» (LÖSCH 2007, p. 233; Hervorhebung im Original; cfr. HAYEK 2002e) sei. Diese zeichne sich vor allem durch einen exzessiven Sozialstaat aus und münde in eine «“Schacherdemokratie” [...], in der organisierte Gruppen zur Durchsetzung ihrer Sonderinteressen das Parlament belagern» (LÖSCH 2007, p. 233; HAYEK 2003, p. 405) – eine Diagnose, die der ordoliberalen Analyse des schwachen Staates und Schmitts Idee des quantitativ totalen Staates entspricht. William SCHEUERMAN (2020, p. 253) erkennt diese Parallelen ebenfalls, formuliert jedoch eine gewisse Einschränkung. Während Hayek zurück zum nicht-interventionistischen Staat des klassischen

Liberalismus wolle, verstehe Schmitt diesen als überholt und erachte eine Rückkehr als nicht mehr möglich. Hier zeigt sich eine eher einseitige Hayek-Interpretation, da diese Gegenüberstellung nur funktioniert, wenn Hayek als ein strikter Anhänger eines *Laissez-faire*-Liberalismus und weniger als ein Theoretiker mit Schnittmengen zum Ordoliberalismus verstanden wird. Das Anliegen des letzteren Denkkollektivs (PLEHWE 2009, p. 4) war es aber, insbesondere das "Scheitern" des Staates des klassischen Liberalismus zu theoretisieren und eine aktive Rolle des Staates im "neuen Liberalismus" (RÖPKE 1979c, pp. 141-144) zu betonen. Wenn also SCHEUERMAN (2020, p. 253; Übersetzung d. A.) festhält, dass «für Schmitt die eigentliche Frage ist, wer interveniert und wessen Interessen durch die Intervention verfolgt werden sollen», ist dies nicht allzu weit entfernt von Stefan KOLEVS (2017, p. 49; Hervorhebung im Original) Einschätzung, dass für die frühen Neoliberalen (hier im Speziellen Eucken) in Bezug auf Staatsinterventionen nicht ein quantitativer Aspekt («*Wie viel* Staat ist notwendig?»), sondern eine qualitative Frage («*Welche* sind die legitimen Aktivitäten des Staates?») im Vordergrund stand. Diese qualitative Frage findet ihre Antwort in der Formel «liberaler Interventionismus» (RÜSTOW 1963, p. 253), welche ein situatives, teilweise auch antizipatives, marktkonformes Eingreifen «in Richtung der Marktgesetze» (*ibid.*, pp. 252-253) umfasst und einen für die Ordoliberalen legitimen Interventionismus der «Marktpolizei» (RÖPKE 1979a, p. 365) darstellt. Dadurch soll der quantitative Interventionismus des schwachen Staates durch einen qualitativen Interventionismus des starken Staates ersetzt werden. Diese nur auf den ersten Blick als inkonsistent erscheinende Haltung der Vertreter des Ordoliberalismus bezüglich Staatsinterventionen weist darauf hin, dass zwischen ihnen und Schmitt in dieser Hinsicht mehr als nur semantische (KOLEV, GOLDSCHMIDT 2018, pp. 520-521) oder terminologische (KOLEV, GOLDSCHMIDT, HESSE 2020, pp. 445-446) Ähnlichkeiten bestehen.

Im Gegensatz zu seinem Mentor Ludwig von Mises, der die ordoliberale Vorstellung eines aktiven Staates mit Skepsis beäugte, war Hayek dem «Ordo-Interventionismus» nicht abgeneigt (KOLEV 2017, p. 220). Dieser war für ihn kompatibel mit seiner dem Ordoliberalismus nahekommenden Idee eines starken Staates als Schiedsrichter, der eine Wettbewerbsordnung etabliert und durchsetzt, sowie seiner Konzeption, die

den Staat als Pfleger eines englischen Gartens versteht, der nicht «jede einzelne Pflanze oder jedes einzelne Beet [...] kontrollier[t]», sondern die generelle Ordnung dieses Gartens «kultiviert» (*ibid.*, p. 275). So fungiert bei Hayek der «Staat als Gärtner in der spontanen Ordnung» (*ibid.*, p. 211), der «die Prozesse der Wissensteilung» (*ibid.*, p. 275) – gemeint sind hier einerseits Marktpreise als Informationsträger subjektiven Wissens sowie generelle Regeln der Ordnung – unterstützt.

Im Zuge seiner Kritik der “unbeschränkten Demokratie” wendet sich HAYEK (2003, p. 346) auch der von ihm so bezeichneten “Tyrannei der Mehrheit” zu, die sich im Parlament verwirkliche, und erklärt, dass er «eine solche Regierung [...] für höchst gefährlich und langfristig undurchführbar» halte.¹⁶ Da die Volkssouveränität, manifestiert im Mehrheitsprinzip, und der Rechtsstaat für Hayek ein «Nullsummenspiel» (BIEBRICHER 2021, p. 141) sind, bedeutet diese Entwicklung für ihn zugleich ein Zurückdrängen des Rechtsstaates. SCHEUERMAN (2020, p. 247; Übersetzung d. A.) erkennt genau hierin

«signifikante strukturelle Verbindungen zwischen Schmitts Analyse des Niedergangs des Rechts im modernen interventionistischen Staat [...] und Hayeks in der Nachkriegszeit einflussreicher Analyse eines “Weges zur Knechtschaft”, welcher seiner Meinung nach durch den Aufstieg des Wohlfahrtsstaates und den angeblichen Niedergang des liberalen Rechtsstaates vorgezeichnet ist.»

¹⁶ Aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang auch HAYEKS (2002f, p. 226) Haltung zum Völkerrecht: In den 1970er Jahren empörte er sich über die internationale Kritik an der Pinochet-Diktatur in Chile und am südafrikanischen Apartheidregime als Folge einer angeblich unbeschränkten Demokratie im Rahmen der Vereinten Nationen sowie über die Tatsache, dass «die Herren Idi Amin und Gadhafi [sic] als vollberechtigte Mitglieder» in der UNO vertreten seien und «über alte Kulturen [...] Ächtungsurteile» sprächen. Abgesehen davon, dass nicht Amin und Gaddafi, sondern Uganda respektive Libyen UNO-Vollmitglieder waren und sind, illustriert der Fakt, dass Hayek ausgerechnet das weiße Kolonialregime speziellen Typs in Pretoria (WOLPE 1988: 28–35) als «alte Kultur» verbrämt und selbige als sakrosankt gegenüber Kritik darstellt, anschaulich das in anderem Zusammenhang gefällte Urteil Herman FINERS (1945, p. 92) über Hayeks «unhistorical nonsense».

Hintergrund dieser analytischen Verbindung ist Schmitts Unterscheidung zwischen *Recht* und *Gesetz*, die von Hayek übernommen wird (*ibid.*, p. 254) – ebenso wie Schmitts Auffassung, dass Rechtssetzung durch demokratisch gewählte Regierungen zu einer Degeneration des Rechtsstaats in einen Gesetzesstaat führt (SLOBODIAN 2019, p. 294). So stimmt HAYEK (2002a, p. 131) Schmitt prinzipiell zu, wenn dieser «behauptet, daß Demokratie und Rechtsstaat unvereinbar seien». Wie für Schmitt erfordert auch für Hayek der wachsende Wohlfahrtsstaat situative gesetzliche Eingriffe, die zwangsläufig die parlamentarische Autorität unterminieren. Daher führt die Fusion von Staat und Gesellschaft, die sich im demokratischen Wohlfahrtsstaat ausdrückt, für diese beiden Denker unweigerlich zu einer Regierung der Willkür (SCHEUERMAN 2020, p. 254).

Hayeks Gegenentwurf läuft auf eine Beschränkung der Demokratie hinaus, die im Bedarfsfall mittels einer Übergangsdiktatur¹⁷ verwirklicht werden soll, was aber mitnichten eine Abwendung Hayeks vom “liberalen” Lager bedeutet. Wie bereits festgehalten, sprach sich bereits 1932 auch der Ordoliberaler Rüstow für eine solche Lösung aus. Hayek lehnt zwar ebenfalls eine langfristige Diktatur ab, bleibt aber unkonkret, wie lange die Übergangsphase andauern soll – per Definition aber zumindest so lange, bis die unbeschränkte Demokratie beschränkt wurde. Kern der Überlegung ist, dass eine solche temporäre, “liberale” Diktatur einer unbeschränkten, tendenziell “totalitären” (HAYEK 2002e, p. 216) Demokratie vorzuziehen sei, da erstere im Gegensatz zu letzterer die wirtschaftliche Freiheit unangetastet lasse und bewahre (CHAMAYOU 2019, pp. 289-290). Dass dabei unweigerlich politische Freiheiten abgeschafft werden, wird innerhalb theoretischer Ausführungen in den Hintergrund gerückt – oder bei der Behandlung realer praktischer Beispiele bagatellisiert (cfr. HAYEK 1978).

Welche gesellschaftliche Situation rechtfertigt aber eine solche transitorische Diktatur? Zumindest an dieser Stelle ist HAYEK (2003, p. 429) unmissverständlich: Um eine freie Gesellschaft langfristig zu erhalten,

¹⁷ Wie Röpke definierte Hayek “Diktatur” und “Autoritarismus” in Abgrenzung zu “Totalitarismus”. Diese Gegenüberstellung birgt einige inhärente Inkonsistenzen (BIEBRICHER 2021, pp. 111-115) und zieht eine «Normalisierung des Autoritarismus» (*ibid.*, p. 114) nach sich.

dürfen die rechtsstaatlichen Grundlagen einer solchen Ordnung «vorübergehend aufgehoben werden». Demokratische Grundrechte stehen bei Hayek also prinzipiell zur Disposition. In diesem Zusammenhang ergibt sich im Bereich der politischen Lösungsansätze eine klare Verbindungslinie zu SCHMITT (2015, p. 13), der bekanntermaßen bei potenzieller Gefährdung der Ordnung den Staat als Souverän sieht, der «über den Ausnahmezustand entscheidet» und die bestehende Ordnung diktatorisch verteidigt. Hayeks Unterstützung von real existierenden autoritären Diktaturen ist bereits vielerorts dokumentiert und untersucht worden (cfr. zum Beispiel CALDWELL, MONTES 2015; CHAMAYOU 2019, pp. 280-293; FARRANT, MCPHAIL, BERGER 2012; FISCHER 2009, pp. 326-329). In diesem Zusammenhang ist vor allem von Interesse, dass er sich über vier Jahrzehnte nach Röpkes 1933 erhobener Forderung nach Beschneidung der Demokratie einer ähnlichen Überlegung bedient als er in seinem ersten Interview mit der konservativen chilenischen Tageszeitung “El Mercurio”, in welchem er zum 1973 etablierten Pinochet-Regime befragt wurde, «nicht über die Notwendigkeit einer Beschränkung diktatorischer Macht, sondern die Notwendigkeit einer Beschränkung demokratischer Macht sprach.» (REICHHOLD 2018, p. 124)

Erneut wird deutlich: Um den Kapitalismus zu verteidigen, sind im Ernstfall autoritäre Maßnahmen erforderlich, die den Demos und seine Forderungen aus dem Bereich des Politischen verdrängen. Der von Hayek rhetorisch bemühte Rechtsstaat wird in seiner «exzeptionellen Lösung» (BIEBRICHER 2021, p. 214) schlichtweg gemeinsam mit der Demokratie abgewickelt, da er nun nicht mehr die Verteidigung dessen, was als Liberalismus verstanden wird, bewerkstelligen kann. Das erklärte Ziel Hayeks ist zwar, dass die “liberale” Diktatur den Rechtsstaat von sich aus wieder etabliert und sich damit selbst aufhebt. Allerdings darf dieser teleologische Ausblick in Frage gestellt werden, da aus Hayeks Perspektive die potenzielle Notwendigkeit einer Übergangsdiktatur besteht, solange subalterne Klassen für ihre Rechte kämpfen. Da demokratische Bewegungen in antagonistischen Gesellschaften immer wieder neu um politischen Einfluss kämpfen müssen, so aber aus Hayeks Sicht unbeschränkte Demokratien in Richtung Totalitarismus abzurutschen drohen, ist die Übergangsdiktatur eine «*permanente* Option, die mal offen, mal verdeckt präsent ist» (LANDA 2021, pp. 244-245; Hervorhebung im

Original) – was Hayeks Übergangslösung deutlich näher an Schmitts Präsidialdiktatur rückt, wenngleich die beiden Vorschläge selbstredend nicht identisch sind.¹⁸ Dass Hayek im Falle Chiles für die autokratische Diktatur optiert, ist keinesfalls ein politischer “Ausrutscher” oder ein “Altersphänomen” eines in die Jahre gekommenen Denkers, wie Sean IRVING (2018, p. 114) annimmt. Vielmehr ist Clemens REICHHOLDS (2018, p. 105, 113) Einsicht zu folgen, dass es sich um eine antidemokratische Kontinuität in Hayeks Denken handelt: So plädierte Hayek bereits 1929 im Rahmen einer Debatte um tiefgreifende Verfassungsänderungen für die Stärkung der Rechte des österreichischen Präsidenten vis-à-vis dem Parlament (*ibid.*: 106 f.). Dekaden später entwickelt er aus gleichem Motiv – einer Schwächung des für ihn von Partikularinteressen zerrissenen Parlaments – ein generelles Verfassungsmodell, womit er sich zugleich auf einen von unter anderem Schmitt und Röpke vorbereiteten Weg begibt. Dies überrascht nicht, wenn man den Einfluss von Ideengebern wie dem jungkonservativen Ständestaat-Theoretiker Othmar Spann (EGASHIRA, NAKAYAMA 2013, pp. 2-4; CALDWELL, KLAUSINGER 2022, pp. 132-136) sowie dem ebenfalls Vorstellungen aus dem Kreis der Konservativen Revolution zuneigenden Friedrich Wieser auf den jungen Hayek (EGASHIRA, NAKAYAMA 2013, pp. 4-7; CALDWELL, KLAUSINGER 2022, pp. 137-139; MAYER, MOLDEN 2021, pp. 22-28) bedenkt.¹⁹

Doch bereits diesseits der theoretischen Suspendierung der Demokratie vermittels der Übergangsdiktatur warteten Neoliberale mit drastischen politischen Interventionen auf, die sich Vorschlägen zur Beschränkung des damals welthistorisch relativ jungen universellen und gleichen Wahlrechts widmeten. RÖPKES (1979b, p. 188) Vorstoß in Richtung einer Wahlrechtsdifferenzierung, die «Familienvätern und den in ihrem Beruf Bewährten mehrere Stimmen geben würde», ist hier aufschlussreich. Zur Verwirklichung einer «Regierung der Verantwortlichen» wäre zunächst allerdings die Etablierung einer zweiten Kammer im politischen System notwendig. Diese ermögliche, dass sich «die rechten Männer [...]

¹⁸ Für eine ausführliche Darstellung von Hayeks Modell der Übergangsdiktatur cfr. FARRANT, MCPHAIL 2014.

¹⁹ HAYEK (1977, p. 40) selbst sprach mit Blick auf seine Jugend hingegen von «mehr oder weniger starke[n] sozialistische[n] Überzeugungen», die ihn, wie viele seiner Zeitgenossen, zum Studium der Nationalökonomie getrieben hätten.

durchsetzen» und diese ein «Gegengewicht gegen die aus allgemeinen Wahlen hervorgehende erste Kammer» bilden – ein Angriff auf den universellen Charakter dieser Wahlen mit dem Ziel, das Parlament zu beschränken. Auch für SCHMITT (1995, p. 81) scheint eine zweite Kammer eine naheliegende Maßnahme gegen die nun auch im Parlament vertretenen Interessen der ökonomisch nicht herrschenden Klasse zu sein. Ihm schwebt vor, durch die Einrichtung einer solchen Kammer, die eine Verbindung von «Reichsrat, Reichswirtschaftsrat und anderen Elementen» darstellt, dem Staat «gewisse solide Autoritätsgrundlagen zu verschaffen». Allerdings scheint dies allein für Schmitt ein unzureichender Schritt zu sein, denn «[w]er Interessen als solche organisiert, organisiert gleichzeitig immer auch Interessengegensätze» (*ibid.*: 82), welche sich dann zu verschärfen drohen. Im Gegensatz zum ordoliberalen Entwurf, geht bei Schmitt (*ibid.*: 83) deshalb der starke Staat der zweiten Kammer voraus, denn

«[e]rst ein starker Staat kann einer zweiten Kammer soviel Ansehen und Autorität verleihen, daß die Männer, die in diese Kammer hineinkommen, aus ihren ständischen Bindungen befreit werden und es wagen können, in einer auch nach außen hin die Respektabilität und die Vornehmheit wahrenen Weise sich einem einheitlichen Gesamtbeschuß zu unterwerfen, ohne sofort von ihren unzufriedenen Auftraggebern davongejagt zu werden».

Nur auf der Grundlage des starken Staates kann bei Schmitt die zweite Kammer die «unruhige[...], revolutionär gesinnte[...], aus allgemeinen Wahlen der im wesentlichen besitzlosen Massen hervorgegangene[...] erste[...] Kammer» kalibrieren und für «Kontinuität und Stabilität» (*ibid.*) sorgen. Schmitt kehrt somit Röpkes Sequenz, wonach die zweite Kammer einen starken Staat etabliert, um.

HAYEK (2003, pp. 411-433) Verfassungsmodell, das einen wesentlichen Strang seines staats-theoretischen Denkens in sich vereint, zielt primär darauf ab, die Verflechtung von Regierung und Parlament im Rechtssetzungsprozess aufzulösen. Hierzu sieht Hayek, wie Röpke und Schmitt, die Etablierung eines Zwei-Kammer-Systems vor (REICHHOLD 2018, p. 133; HAYEK 2002a, p. 141; 2002c, p. 147-148; 2002e, p. 213-214). Die Rechtsetzung soll exklusiv einer neu geschaffenen, ersten Kammer übertragen werden, die sich aus «lebensexfahrenen Bürgerinnen und Bürgern,

die für eine relativ lange Zeit (fünfzehn Jahre) und ohne Möglichkeit der Wiederwahl gewählt werden» (BIEBRICHER 2021, p. 154), zusammensetzt. So soll sich diese legislative Kammer aus Personen zwischen dem 45. und 60. Lebensjahr rekrutieren, die *ausschließlich* von Wähler*innen ihrer Altersgruppe gewählt werden. Das Parlament, die zweite Kammer, konstituiert sich weiterhin durch Wahlen unter *allen* stimmberechtigten Bürger*innen und besteht aus Parteivertreter*innen. Trotz seiner Kritik am Mehrheitsprinzip sollen sich in dieser Kammer, diesem Prinzip folgend, Regierungen herausbilden. Allerdings sollen diese ausschließlich mit tagesaktuellen, kurzfristigen Regierungsaufgaben betraut sein und werden generell in einem nicht geringen Maße in ihrer politischen Handlungsfreiheit eingeschränkt, da sie der Rechtsetzung der ersten, also der legislativen Kammer unterstellt sind. Der legislative «Rat der Weisen» (LÖSCH 2007, p. 234) soll die für die parlamentarische Kammer (aber auch für die Bevölkerung) obligatorischen *nomoi*, also «abstrakte Regeln gerechten Verhaltens» (BIEBRICHER 2021, p. 154), erlassen und zeichnet sich dadurch aus, frei vom Einfluss von Interessengruppen zu sein und stattdessen die «herrschende[...] *Meinung*» (HAYEK 2002e, p. 213 – Hervorhebung im Original) – und somit auch die Meinungen der ökonomisch Herrschenden (MARX, ENGELS 1978, p. 46) – auf der Basis von Traditionen und Wertvorstellungen zu reflektieren (REICHHOLD 2018, pp. 136-137). Die Mitglieder der legislativen Kammer, die *Nomotheten* (cfr. HAYEK 1963), spiegeln damit sowohl RÖPKES (1979b, p. 188) Vorstoß einer «vernünftige[n] Festsetzung des Wahlalters» als auch seine Vorstellung einer «*Nobilitas naturalis*», einer scheinbar «über den Klassen» und «Interessen» stehenden Leistungselite von «*Aristokraten des Gemeinsinns*» (RÖPKE 1979d, pp. 192-193; Hervorhebungen im Original; BECHER, BECKER, RÖSCH, SEELIG 2021, pp. 85-86).

Zusammengefasst möchte Hayek mit seinem Verfassungsmodell die Unabhängigkeit von der Einflussnahme von Interessengruppen sowie von politischen Parteien in der Sphäre der Rechtsetzung erreichen. Vor allem der Ausschluss von Parteien aus dem legislativen Prozess ist jedoch ein scharfer Angriff auf ein wesentliches Merkmal moderner Demokratie. Die Rolle politischer Parteien ist für diese von zentraler Bedeutung, denn sie ermöglichen es, individuelle politische Ansichten zu bündeln und zu artikulieren. Dies wiederum ermöglicht die Beteiligung an dem Versuch,

die vorherrschenden politischen Tendenzen innerhalb eines Gemeinwens zu beeinflussen (ABENDROTH 1954, p. 41; KELSEN 2018, pp. 29-30). Eine Umsetzung dieses Hayekschen Vorschlages würde also einen Rückbau einiger der elementarsten demokratischen Grundrechte bedeuten (SCHEUERMAN 2020, p. 259). Die vermittels der legislativen Kammer, die durch ihre Abkapselung von breiter politischer Beteiligung des Demos geprägt ist, beabsichtigte Entdemokratisierung macht Hayeks konservative Schlagseite deutlich: Traditionen und Gewohnheiten sollen Meinungen, die an die Stelle des demokratischen Diskurses treten, prägen, die ihrerseits die Grundlage für die Rechtsetzung bilden sollen. REICHHOLD (2018, p. 133) erkennt hierin einen «Konformismus», der sich als Aufruf zur freiwilligen «Unterwerfung unter das “gewachsene Recht”» artikuliert.

SCHMITT (1933, p. 42) bestimmte seinerseits als Grundlage der der politischen Integration dienenden Unterwerfung der Beherrschten die von ihm erklärtermaßen mit dem Konzept “Rasse” verbundene «Artgleichheit», auf der «sowohl der fortwährende untrügliche Kontakt zwischen Führer und Gefolgschaft wie ihre gegenseitige Treue» beruhe. Ohne diese, der «gleichberechtigte[n] Teilnahme aller an der gemeinsamen Regelung der gemeinsamen Aufgaben, [der] tendenzielle[n] Identität von Regierenden und Regierten» (ABENDROTH 1954, p. 38) diametral entgegengesetzten, «Artgleichheit des in sich einigen [...] Volkes» sieht SCHMITT (1933, p. 42) den Staat seinen «liberalen oder marxistischen Feinden ausgeliefert.» Diese deterministische und antiuniversalistische Idee einer gesellschaftsbestimmenden – wahlweise kulturellen oder ethnischen – “Artgleichheit” ist im neo-rassistischen Ethnopluralismus der Neuen Rechten zu neuer Gestalt gelangt (FISCHER 1997, pp. 194-195).

3. Der Nexus in der Neuen Rechten

Die gegenwärtige Stärke der extremen Rechten in vielen europäischen Staaten wird häufig ausschließlich als Gegenreaktion auf die Verwerfungen des Neoliberalismus fehlgedeutet. Sie ist allerdings vielmehr sowohl Ausdruck der abnehmenden Integrationsfähigkeit des liberaldemokratischen politischen Systems und der Krise des Neoliberalismus einerseits

als auch Bestätigung der fortdauernden neoliberalen Hegemonie andererseits, wie sich auch angesichts der ideengeschichtlichen Verbindung zwischen Rechtsextremismus und Neoliberalismus zeigt (cfr. jüngst SLOBODIAN 2021). Diese Verbindung steht im Zusammenhang mit dem *Hayek-Schmitt-Nexus*. Während die Reverenzerweisung gegenüber Schmitt Usus ist, könnten einflussreiche Vertreter der gegenwärtigen rechtsintellektuellen Szene in Deutschland zum Teil vokaler nicht sein in ihrer Ablehnung irgendeines engeren Bezugs zu Hayek. So formuliert Benedikt KAISER (2021, p. 242), in seinem vom Thüringer AfD-Landeschef Björn HÖCKE (2020) hochgelobten Buch *Solidarischer Patriotismus*, Hayek stehe in seinen Ausführungen

«*pars pro toto* für einen Personenzusammenhang marktliberaler Gesinnung, deren wichtigste (!) Ideologiebausteine weder im Bereich nationaler noch im Bereich sozialer Fragen mit rechten Standpunkten unterschiedlichster Verortung vereinbar sind, weil die verschiedenen Vertreter dieses Zusammenhangs die Ausgangsbasis rechter Politik unterminierten.»

Kaisers Positionierung findet eine Entsprechung und eine Grundlage in der Kritik, mit der der Vordenker der europäischen Neuen Rechten, Alain DE BENOIST (2021, pp. 225-287), Hayek in einem Text bedachte, der in seinem jüngst ins Deutsche übertragenen Buch mit dem programmatischen Titel *Gegen den Liberalismus* enthalten ist. Ideologiekritik würde sich selbst aufgeben, würde man an dieser Stelle stehen bleiben und konstatieren, dass die Sache damit klar scheint. Dass allerdings gerade diese rechte Liberalismuskritik ohne den *Hayek-Schmitt-Nexus* nicht zu verstehen ist, wird im Folgenden ersichtlich.

Schmitts Präsenz in diesem Nexus sichert De Benoist durch die Gegenüberstellung von dem, was er als “Liberalismus” missversteht, und dem, was er als “Demokratie” verkauft. Der Weg, der von De Benoists affirmativem Bezug auf Nicolas Sarkozys demokratieskeptische Behauptung, wonach «[d]ie großen Führer der Welt [...] aus Ländern [kommen], die keine großen Demokratien sind» (*ibid.*, p. 303), zu seinem hierzu scheinbar im Widerspruch stehenden Plädoyer für eine Basisbeziehungsweise mitwirkende Demokratie (*ibid.*, p. 295) führt, ist kurz. De Benoist besichtigt hiermit (*ibid.*, p. 289-297) Thematiken, die er bereits vor fast vier Jahrzehnten aufbereitet hat: So lässt sich DE BENOIST (1986,

p. 19) Demokratie von Arthur Moeller van den Bruck als «Anteilnahme eines Volkes an seinem Schicksal» definieren und stellt folgerichtig in Frage, ob das allgemeine Wahlrecht als «Haupterscheinung» der Demokratie betrachtet werden kann. In Abgrenzung «zur liberalen Demokratie und zu den tyrannischen Formen der “Volksdemokratie”» entwirft De Benoist eine Staatsform, die viel mit Schmitts dezidiert völkischer Verarbeitung des Ethnozentrismus unter dem bereits erwähnten Stichwort der «Artgleichheit» und der Einheit von Führer und Gefolgschaft in der Volksgemeinschaft zu tun hat, aber wenig mit tatsächlichen demokratischen Prozessen: Die Gänsefüßchen-Demokratie De Benoistschen Typus soll sich also

«nicht etwa auf vermeintliche unveräußerliche Rechte des jeder Zugehörigkeit entrissenen Individuums gründen, sondern auf die Staatsbürgerschaft, die die Zugehörigkeit zu einem Volk – d.h. zu einer Kultur, einer Geschichte, einem Schicksal – bestätigt, sowie auf die politische Form, in der sich das Volk zu entfalten sucht. Die Freiheit rührt von der Volkszugehörigkeit her; die Freiheit des Volkes steuert alle anderen Freiheiten.» (*ibid.*)

Dementsprechend erklärt De Benoist die diffuse «Mitwirkung» und nicht etwa «Mehrzahl», «Votum», «Wahl» oder «Vertretung» zum «Schlüsselbegriff» des von ihm als “demokratisch” markierten Gemeinwesens (*ibid.*, p. 18). Mitwirken aber heißt im Rahmen dieser simulativen Partizipation für De Benoist, «sich selbst als Mitglied einer Gemeinschaft, als *Teil eines Ganzen* erfahren und der dieser Zugehörigkeit eigenen *aktiven* Rolle gerecht zu werden.» (*ibid.*; Hervorhebung im Original) Den führenden gaullistischen Staatsrechtler René Capitant zitierend, fasst De Benoist durchaus im Sinne von Capitants deutschem Korrespondenzpartner Schmitt (SÉGLARD 2007, pp. 128-129) zusammen: «Mitwirkung ist die Einzeltat des Bürgers, der als Mitglied der Volksgemeinschaft handelt.» (DE BENOIST 1986, p. 18; cfr. auch DE BENOIST 2021, p. 297) Auch dem frühen Ordoliberalismus war die Idee einer Volksgemeinschaft nicht fremd (PTAK 2004, pp. 96-97).

Während De Benoist sich also einig zeigt mit dem oben erwähnten Bezug De Lesquens auf Schmitt, distanziert sich DE BENOIST (2021, p. 225) hingegen von De Lesquens Ehrerweisung für Hayek. De Benoists Entgegenstellung von Liberalismus und Konservatismus scheint

unmissverständlich: «Der Konservatismus verteidigt ständig einige anthropologische Konstanten, die der liberale Individualismus automatisch abbaut, da er den Menschen nicht mehr als ein von Natur aus soziales und politisches Wesen ansieht.» (*ibid.*: 36) Dennoch reklamiert der *Doyen* der *Nouvelle Droite* erklärtermaßen liberale Positionierungen für sich, die ihn selbst inmitten des Nexus positionieren. Er bezeichnet sich, gängige mythische Topoi des Neoliberalismus (cfr. SCHUI 2014) bemühend, als «gegenüber Bürokratie und Sozialleistungsabhängigkeit ablehnend eingestellt, dem zentralisierenden und wuchernden Etatismus feindlich gesinnt» (DE BENOIST 2021, p. 8). Und so konzediert De Benoist zutreffend: «Einiges verbindet den Konservatismus doch mit dem Liberalismus: sein Misstrauen gegenüber dem Staat, seine Abscheu vor dem “Konstruktivismus”, seine Kritik am Egalitarismus, sein Eintreten für das Privateigentum» (*ibid.*, p. 358). Auch die Klaviatur der Schmittschen wie ordoliberalen Kritik am quantitativ totalen Staat spielt De Benoist, wenn er das Bild eines Staates malt, der «durch seine eigene “Aufgedunsenheit” aus der Puste kommt bzw. erlahmt» (*ibid.*, p. 42). Er distanziert sich daher sowohl vom «gegenwärtigen Wohlfahrtsstaat, einem hauptsächlich “therapeutischen”, bemutternden und von seiner Führungsverantwortung entbundenen Staat» wie auch vom «“Minimalstaat”» (*ibid.*). Eingedenk dessen, dass aus De Benoists Sicht der «Wirtschaftsakteur [...] seine Tätigkeit frei gestalten können [muss]» und der Staat «weder die Unternehmensführer noch die Wirtschaftsakteure im Allgemeinen [...] ersetzen» solle (*ibid.*, p. 41), steht für ihn

«außer Frage, dass der Staat das “Gesetz des Marktes” akzeptiert, sofern dieses nicht das Gemeinwohl der Gemeinschaft der Bürger beeinträchtigt, das unter seiner Hoheit steht, sowie sein Wertesystem, seinen sozialen Zusammenhalt, seinen kulturellen Habitus, die Unversehrtheit seines nationalen Erbes, ebenso seine Unabhängigkeit und damit seine Handlungsfähigkeit nicht gefährdet.» (*ibid.*, p. 42)

Was De Benoist fordert, ist im Klartext also nicht antikapitalistisch inspiriert, sondern entspricht dem Primat der Politik. Jenes ist, anders als oft gemutmaßt, kein per se antiliberales Konzept. Ralf DAHRENDORF (2004, p. 89) erachtete es sogar als «für die liberale Ordnung unentbehrlich.»

De Benoists Parteinahme für den «Vorrang» eines von ihm, wenig präzise definierten (DE BENOIST 2021, pp. 51-52), kollektiven «Gemeinwohl[s] [...] vor den alleinigen Interessen der Einzelteile» (*ibid.*, p. 41) klingt zwar kaum liberal, verweist aber doch auf eine bestimmte ideengeschichtliche Tradition des Liberalismus. Der Neoliberalismus stellt den Begriff des “Gemeinwohls” eben, anders als De Benoist behauptet (*ibid.*, p. 78), *nicht* in Frage. Die Neoliberalen möchten den Begriff – ebenso wie De Benoist (*ibid.*, p. 359) – vom “Kollektivismus” unterscheiden sehen. Er ist der Topos, mit dessen Hilfe die demokratisch anspruchigen (und deshalb anrühigen) Partikularinteressen delegitimiert werden. De Benoists Argumentation bleibt darum in der rhetorischen Ambivalenz neoliberaler Politikkonzepte befangen, die Domenico LOSURDO (2017, p. 314) aufgelöst hat, als er das Doxa kritisierte, wonach aus neoliberaler Perspektive die Gesellschaft genau in dem Moment nicht existieren darf, «wenn soziale Schichten in schwieriger und hoffnungsloser Lage von dieser etwas wollten», zugleich aber sehr wohl andere kollektive Entitäten wie die Nation und die Gemeinschaft angerufen würden, wenn es darum gehe, von den Bürger*innen «Opfer bis zur Aufopferung des Lebens» zu verlangen (*ibid.*, p. 40). Da De Benoist vor dem Hintergrund der auf MARX (1981, p. 379) zurückgehenden Unterscheidung «zwischen einer Ideologiekritik, die die imaginären Blumen zerstört, um die wirklichen Ketten zu sprengen, und einer Ideologiekritik, die hingegen die Blumen zerstört, nur um die Ketten fester zu schmieden, nur um zu beweisen, dass jeder Versuch, sie zu sprengen, vergeblich wäre» (LOSURDO 2012, p. 114), eindeutig der letztgenannten, prinzipiell antiaufklärerischen Variante zuneigt, kann er der genannten Ambivalenz nicht entfliehen. Seine Position verstärkt vielmehr die hier dargestellte, analysierte und kritisierte politische Stoßrichtung, den *Nexus Hayek-Schmitt* noch fester knüpfend.

Dass DE BENOIST (2021, p. 40) dennoch als «große Spaltung der nahen Zukunft [...] die Spaltung zwischen Liberalen und Antiliberalen, zwischen dem politischen Universalismus und der Verbundenheit mit den soziokulturellen Besonderheiten eines jeden Volkes» proklamiert und ohne Frage die jeweils letztere Position bezieht, dürfte daran liegen, dass er nicht anerkennt, dass es gerade eine Zerfallslinie des Liberalismus ist, die das zu leisten beabsichtigt, was De Benoist unter dem Banner des

Kommunitarismus fordert (*ibid.*, pp. 105-151). Dies zeigt sich bereits daran, dass er Röpke aus der liberalen Tradition ausgliedert und zur Gattung der Konservativen rechnet (*ibid.*, p. 355). Gerade für die Zwecke der äußersten Rechten muss Röpke aber zum prädestinierten Zwischenstück des *Hayek-Schmitt-Nexus* werden, schließlich teilte auch Röpke die von De Benoist zum Ausdruck gebrachte Auffassung, dass «keine Gesellschaft [...] einzig auf der Grundlage der vertraglichen Übereinkunft und des Handelsaustauschs bestehen [kann]» (*ibid.*, p. 27; cfr. RÖPKE 1979d). Auch Benedikt KAISER (2021, p. 243) gesteht ein, dass «der wertkonservativ geprägte Röpke [...] davon ausging, daß Wirtschaft, um langfristig gedeihen zu können, in die Gesellschaft eingebettet werden müßte, ja daß das Individuum nicht abstrakt als Marktteilnehmer zu begreifen ist, sondern Beziehungen in konkreten Sinnzusammenhängen (Familie, Religion, Volk etc.) bewahren müsse.» So mausert sich Röpke aktuell zum Lieblingsliberalen der Antiliberalen – genauer: zum am besten geeigneten Gewährsmann neoliberaler Prägung, dessen Denken den Gegnern der Verwirklichung des liberalen Motivs zur Verfügung steht.

Bereits 1966 aus Anlass von Röpkes Ableben hatte der Altfaschist Gustav Jonak, der im Reichssicherheitshauptamt als SS-Obersturmbannführer tätig gewesen war, im extrem rechten Monatsmagazin *Nation Europa* den ordoliberalen Vordenker mit den Worten zitiert, dass es «grundlegend für die Wirtschaftspolitik [ist], daß wir von einem besonderen moralischen Begriff ausgehen, nämlich dem Begriff des Gemeinwohls» und auf die «sehr ernste Frage [...], welches denn konkret nun die Gemeinschaft ist, auf die Gemeinwohl, Gemeinsinn, Bürgersinn zu beziehen sind», die folgende Antwort gilt: «Wenn wir [...] an Gemeinwohl appellieren, dann appellieren wir an die Rücksicht auf das in der Nation verkörperte Gemeinwohl.» (zitiert nach JUNKER 1966, p. 55) Mit Vertretern einer Zerfallslinie des Liberalismus stehen selbsterklärte Antiliberaler gemeinsam gegen das liberale Motiv. Dass dieses Röpkesche Programm keine Nebenerscheinung eines ansonsten fruchtbaren Werks, sondern das furchtbare «geistige Testament» (LENK 1989, p. 209) dieses Denkens darstellt und für rechtsaußen als Inspirationsquelle dient, überrascht nicht, bedarf aber der weiteren Ausleuchtung, da sich der *Nexus Hayek-Schmitt* auf diese Weise in seiner Grellheit offenbart. Diese

vertiefte Verbindung von (dezisionistischem) Konservatismus und Liberalismus, die eine Art neoliberalen Dezisionismus (LOSURDO 2017, p. 146) gebiert, erinnert an den ehemaligen Liberalen Giovanni Gentile, der zum Kronphilosophen des Mussolini-Regimes aufstieg und von einem «ohne Weiteres mit dem Faschismus [zu] vereinbar[enden]» Liberalismus sprach, der «sich seiner ihm fremden demokratischen Verkrustungen [...] entledigt hat» (LOSURDO 2012, p. 27). Man muss allerdings nicht unbedingt ein Jahrhundert zurückgehen, um Verbindungen dieser Art auf der Apennin-Halbinsel mit gesamteuropäischer Wirkkraft nachzuweisen.

Der italienische Rechtsintellektuelle Carlo Gambescia zeichnet verantwortlich als Herausgeber einer Buchreihe, die Titel zum ökonomischen Denken beziehungsweise zur Wirtschaftspolitik und zur Wirtschaftsphilosophie im römischen Verlag *Settimo Sigillo* vereint. Der Verlag ist als «bis heute [...] wichtigste Publikationsplattform der faschistischen Szene» Italiens beschrieben worden (FAUST 2021, p. 83). Zur Reihe zählt auch ein Beitrag des spanischen Rechtswissenschaftlers Jerónimo Molina Cano, der sich Wilhelm Röpke widmet. Im Vorwort zu Molinas Buch schreibt GAMBESCIA (2007, p. 8), gleichsam auf den Spuren Gentiles wandelnd, dass in Röpkes Denken ein Liberalismus vorläge, mit dem man ein Stück des Weges gemeinsam gehen könnte. Doch wohin führt der Weg, den Gambescia im Sinn hat?

MOLINA (2007, p. 14; Übersetzung d. A.) lobt an Röpke, dass dessen Denken eine «besonders interessante Synthese von Marktwirtschaft und politischem und ethisch-religiösem Konservatismus» repräsentiere, die sich mit «seiner Verteidigung der Formen des traditionellen Lebens» verbinde. Unter dem Firmenschild des “Dritten Weges”, der zwischen den Prinzipien der Freiheit und der Ordnung vermittelt (*ibid.*, p. 53), basiert Röpkes Programm zur Abwehr der drohenden «kollektivistischen Infektion» der «westlichen Zivilisation» (*ibid.*, p. 27; Übersetzung d. A.) auf einem «Liberalismus, der angesichts der rationalistischen Tradition der Aufklärung das mittelalterliche, christliche und germanische Erbe sowie die Bedeutung von Institutionen zur Verwirklichung von Ideen, geltend machte.» (*ibid.*, p. 28; Übersetzung d. A.) In seinen Ausführungen geht Molina (*ibid.*, p. 72) von folgender Überlegung RÖPKES (1979a, pp. 394-395) aus:

«Der altliberalen Vorstellung von einem wirtschaftspolitisch “neutralen” Staat liegt der völlig irrige Gedanke zugrunde, daß man sich in der differenzierten Gesellschaftswirtschaft den Staat überhaupt “wegdenken” könne. Dieser Gedanke ist aber unvollziehbar, da ja der Staat unter allen Umständen die rechtlichen Bedingungen setzen muß, unter denen sich der Wirtschaftsprozeß abspielt.»

Von hier zieht MOLINA (2007, pp. 72-73) eine Verbindung zu Schmitt, den er ebenso wie Röpke als “Liberalen” begreift, da beide angesichts der Krisen der Zwischenkriegszeit für einen “starken Staat” als Begründer und Beschützer der Marktordnung optierten. Auch dass Röpke den Liberalen in seinem in *Abschnitt 2* berücksichtigten Aufsatz von 1923 die Rolle der Hüter des Staatsgedankens zuweisen wollte, erheischt Molinas Aufmerksamkeit (*ibid.*, p. 74). Insbesondere aber wird Röpkes «wahre politische Intelligenz» und seine Verbindung zum Schmittismus laut Molina dadurch unterstrichen, dass dieser in den frühen 1940er Jahren (RÖPKE 1942, pp. 246-247) mit Bezug auf den portugiesischen Ständestaat António de Oliveira Salazars die Diktatur als eine «Institution zum Schutz des Gemeinwohls» (MOLINA 2007, p. 77; Übersetzung d. A.) erachtete, womit Röpke sich positiv auf ein mindestens als «Grenzerscheinung[...]» (KÜHNEL 2014, pp. 266-276) des Faschismus zu betrachtendes politisches System bezog. Dass MOLINA (2007, pp. 77-78) RÖPKES (1979a, p. 310) Ruf nach einem «wirklich starken Staat», mithin «eine[r] Regierung, die den Mut hat zu regieren», in einen engen Zusammenhang stellt zu Schmitts qualitativ totalem Staat, ist nicht nur ein semantischer Trick von interessierter Seite. Kritische Gesellschaftswissenschaftler sind diesem Problem ebenfalls auf der Spur (cfr. zum Beispiel SCHILK 2020, p. 125).

Nicht zufällig positioniert sich Röpke gegen eine Abwertung von Begriffen wie “Nation”, “Heimat”, “Tradition” und “Vaterland”, die das Ergebnis einer «diabolische[n] Volkspädagogik» (RÖPKE 1966b, p. 15) sei und von «Krankheitselementen» herrühre, «die im politischen Spektrum auf der linken und keineswegs auf der rechten Seite zu finden sind» (*ibid.*, p. 14). Deshalb überrascht es nicht, den “Liberalen” Röpke sich über das «Volksganze[...]» (*ibid.*, p. 131) auslassen zu sehen, der «die Ablehnung von allem [...], was Ordnung, Zucht, Achtung vor dem Gewordenen und Gewachsenen, Appell an Pflicht und Anerkennung der

höheren Rechte der Gemeinschaft bedeutet», als «bedenkliche[...] Zeichen moralischer Aufweichung unserer Zeit» (RÖPKE 1966a, p. 4) identifiziert und über eine «moralisch destruktive[...] Lösung vom nationalen Wurzelgeflecht» (*ibid.*, p. 5) lamentiert.²⁰ Auch der als Vordenker der deutschsprachigen Neuen Rechten bedeutende österreichische Publizist Gerd-Klaus KALTENBRUNNER (1980) ging von der «Unvermeidlichkeit, eine Nation zu sein» aus. Zugleich stellte er aber klar, dass aus seiner Sicht die «Geschichte der Völker und Staaten [...] die Geschichte ihrer Eliten» sei (KALTENBRUNNER 1982, p. 164). Dem Thema “Elite” widmete Kaltenbrunner einen erstmals 1984 vorgelegten Essay. Auch der AfD-Politiker Björn Höcke erwies der als Kultbuch der rechten Szene zu betrachtenden Schrift Kaltenbrunners öffentlich die Reverenz (cfr. INSTITUT FÜR STAATSPOLITIK 2020). Ausgehend von der Diagnose, dass die liberaldemokratischen Gemeinwesen des Westens unter “Unregierbarkeit” leiden, empfiehlt KALTENBRUNNER (2017, p. 55) «eine Verbesserung der Bedingungen parlamentarischer Arbeit», die auf eine partielle Abkopplung der Entscheidungsprozesse vom allgemeinen Wahlrecht zielt. Gewährsmann dieses neurechten Vorschlags ist Hayek mit einer bereits bekannten Idee, die aus Kaltenbrunners Sicht «zumindest respektvolle Aufmerksamkeit» (*ibid.*, p. 56) verdiene: Hayek habe nämlich «den Gedanken geäußert, daß neben die Volksvertretungen im herkömmlichen Sinne [...] eine weitere senatsähnliche Körperschaft treten sollte, “die die öffentliche Meinung und nicht Sonderinteressen vertritt”» (*ibid.*, p. 55). Reinhard OPITZ (1985, pp. 285-286) wies darauf hin, dass so innerhalb der Neuen Rechten bei gleichbleibendem, auf Außerkurssetzung der parlamentarischen Demokratie zielendem, Gehalt die jungkonservative Berufungsadresse durch eine neoliberale ersetzt worden sei. Ergänzt und präzisiert werden muss dieser Nexus-Zusammenhang aber an dieser Stelle, da Hayeks eigene jungkonservative Inspiration in Jugendjahren nicht außer Acht gelassen werden darf.

²⁰ Auch deshalb überzeugen Vorstöße jüngerer Datums, die Röpke zum historischen Kronzeugen gegen Bestrebungen der illiberalen “Demokratie” Orbánschen Typus verklären (cfr. HANK 2022), nicht, zumal das Gesellschaftsprojekt des letzteren sich tendenziell als «Ordo-Nationalismus» (cfr. GEVA 2021) beziehungsweise als Ordo-Schmittismus bezeichnen lässt.

4. *Zuspitzung und Fazit*

Als Hayek dem portugiesischen Diktator Salazar ein Exemplar seines, auch vom erklärten Anti-Hayekianer KAISER (2021, p. 245) als berücksichtigenswert erachteten, Werkes *Die Verfassung der Freiheit* von 1960 mit der Empfehlung zueignete, «eine Verfassung zu entwerfen, die gegen die Missbräuche der Demokratie gesichert ist» (zitiert nach DEPPE 2003, p. 440), predigte er damit einem längst Konvertierten. Der offiziell 1933 ausgerufene portugiesische Ständestaat, als dessen Ausgangspunkt der 1926 erfolgte Militärputsch gegen die Republik gelten muss, in dessen Folge Salazar 1928 zunächst Finanzminister mit weitreichenden Kompetenzen und sodann 1932 Ministerpräsident des Landes wurde, operierte bis zu seinem Ende im Zuge der Nelkenrevolution 1974 auf der Grundlage einer Verfassung, die Portugal in den oxymorischen Worten SALAZARS (1938g, p. 225) zu einem starken, antidemokratischen Volksstaat machte. Eingedenk Schmitts Deutung Salazars als Staatsretter (DE MONCADA, SCHMITT 1998, p. 49) sowie der Tatsache, dass auch in der zeitgenössischen Neuen Rechten zwar eingesehen wird, dass das portugiesische Modell «heute nur wenig Begeisterung wecken» dürfte, es zugleich aber angeführt wird, um zu zeigen, «daß in Krisenzeiten, die Stabilität und Sicherheit eine Wertschätzung gewinnen, die einen auf vieles verzichten lassen, was dagegen entbehrlich scheint» (LEHNERT 2019, p. 12), findet der *Hayek-Schmitt-Nexus* in der Diktatur Salazarschen Typus einen möglichen Fluchtpunkt. Auch das jüngst rechtsaußen geäußerte Interesse an Salazars «Synthese aus konservativem Sozialismus und ordoliberalem Wirtschaftsdenken» sticht insbesondere in Verbindung mit der positiven Hervorhebung von Salazars konservativer «Kapitalismuskritik» (AHRENS 2020) heraus.

Salazar kritisierte am Liberalismus, dass er die von ihm abgelehnte Idee der Volkssouveränität hervorgebracht habe (SALAZAR 1938c, p. 88) und dass «seine Lehre, [...] die Auflehnung gegen Vernunft, Zucht und Autorität schließlich [...] zum Kommunismus» führe (SALAZAR 1938g, p. 223), während Salazars Diktatur es in Sachen «Freiheit» aus seiner Sicht «mit vielen Regierungssystem aufnehmen [könne], die sich liberal nennen.» (SALAZAR 1938b, p. 70) Indem er die «Politik aus dem Zank

und Streit der Parteien» herauslöste (SALAZAR 1938i, p. 21), ebnete SALAZAR (1938a, pp. 42-43) den «Leidensweg» für eine «unpopuläre Politik», die im Zeichen der Austerität²¹ «Opfer» verlangte, denn: «Die Menschen können darüber sterben, doch wird das Vaterland erlöst.» Die führenden Vertreter seines Gemeinwesens in Farben malend, die an Hayeks *Nomotheten* und Röpkes *Nobilitas naturalis* erinnern (SALAZAR 1938h, pp. 237-240), behauptete er (1938d, p. 107) im Sinne ordoliberaler Gemeinwohl- und Staatskonzeption im «Interesse des Ganzen» zu wirken, denn:

«nichts von alledem, was getan werden muß, hängt ab von politischem Druck oder von Wahlergebnissen; nichts geschieht einer kleinen Gruppe von Interessenten zuliebe. Nach unserem Plan soll der Staat Lenker sein, aber nicht Konkurrent; er soll die Privatinitiative stützen, aber nicht stören oder erschweren» (cfr. ähnlich SALAZAR 1938f, pp. 177-178).

So äquidistanziert SALAZAR (1938c, p. 84) gegenüber allen gesellschaftlichen Klassen gleichermaßen wirkt, so wenig bleibt von seiner «Kapitalismuskritik» oder von irgendeiner Spur «Sozialismus» angesichts seiner elitären Auffassung übrig, wonach erst «die Arbeit des Erfinders, des Unternehmers, Leiters und Anführers» nationalen Wohlstand schaffe (SALAZAR 1938e, p. 155).

SALAZAR (1938b, p. 70) deklarierte seine Diktatur als «Übergang», damit scheinbar Hayeks Vorstellungen entsprechend. Der reale Geschichtsverlauf widerlegte Hayeks Ideenwelt jedoch in zweifacher Hinsicht. Zum einen währte der vermeintliche portugiesische «Übergang» beinahe ein halbes Jahrhundert und stellt damit eine der langlebigsten europäischen Diktaturen dar: Salazars Regime beherrschte Portugal länger als die kombinierte Dauer der gleichwohl tiefere historische Spuren hinterlassenden Regimes Hitlers und Mussolinis. Zum anderen machte die Diktatur selbst keinerlei Anstalten, von alleine zu verschwinden. Sie wirkte stattdessen vielmehr auf ihre eigene Verstetigung hin. Erst die in der neoliberalen Weltsicht so schlecht gelittenen Massen in Verbindung

²¹ Cfr. MATTEI 2022 zum Zusammenhang zwischen Austerität und Autoritarismus sowie zu Affinitäten zwischen Faschismus und einer prominenten Zerfallslinie des Liberalismus.

mit dem Wirken demokratischer und kriegsmüder Teile der Streitkräfte und dem Druck der antikolonialen Revolutionen in Angola, Guinea-Bissau und Mozambique, die der NATO-Staat Portugal als Teil der “freien Welt” brutal zu unterdrücken versucht hatte, setzten dem Ständestaat im Frühling 1974 ein Ende und ebneten im Westteil der iberischen Halbinsel einem demokratischen Rechtsstaat den Weg (cfr. SPERLING 2014).

Ausgehend von der weit verbreiteten Auffassung, dass Friedrich August Hayeks politisches Programm auf den ersten Blick als ein konsequenter Gegenentwurf zur Neuen Rechten erscheint, zeigen wir, dass diese Gegenüberstellung rasch an ihre Grenzen gerät, sobald man sich dem *Hayek-Schmitt-Nexus* nähert. Dieser hilft dabei, eine bestimmte liberale Zerfallslinie und ihre Schnittmenge zum “autoritären Populismus” zu erkennen. Einer der Heroen des letzteren, Carl Schmitt, teilte vielmehr mit den frühen Ordoliberalen und Hayek die gemeinsame Wurzel des Wirtschaftsliberalismus in ökonomischer sowie einen strikten Antipluralismus in politischer Hinsicht. Ohne sie an dieser Stelle vollständig aufdecken zu können, verweisen die sich im *Hayek-Schmitt-Nexus* verbindenden und vertiefenden Ideen auf bestimmte und konkrete gesellschaftliche Interessen, zumal sich erstere bei analytischer Trennung von letzteren stets «blamierte[n]» (MARX, ENGELS 1962, p. 85). Nach diesen Ideen und Interessen, und nicht nach sozialpsychologisch aufspürbaren Kränkungen (cfr. AMLINGER, NACHTWEY 2022), ist zu fahnden, wenn man die eigentlichen Antreiber der politischen Rechtsentwicklung (OPITZ 1996, p. 187) identifizieren will. Die genannte Verbindungslinie, die aus dem noch für Vilfredo Pareto typischen «*Nebeneinander* von politischem Autoritarismus und wirtschaftlichem Liberalismus» (NEUMANN 2018, p. 78; Hervorhebung d. A.) ein *Miteinander* macht, setzt sich in gegenwärtigen Konzeptionen der äußersten Rechten konsequent fort. Anhand von Röpke, der als Scharnier im Nexus fungiert, zeigt sich die diagnostische Kongruenz neo- und ordoliberaler sowie schmittistischer Staatsverständnisse, wenngleich sich in den Feinheiten der Entwürfe politischer Auswege Differenzen auftun. Diese schmälern jedoch Hayeks eigenes autoritäres Potenzial, das sich anhand seiner Übergangsdiktatur sowie seiner Modellverfassung demonstrieren lässt, keineswegs. Der *Hayek-Schmitt-Nexus* setzt keine absolute Identität zur Entfaltung

seiner ideologischen Wirkung voraus. Die im Beitrag herausgearbeiteten Affinitäten zwischen Hayek und Schmitt erzeugen eine spezifische Dynamik, gewissermaßen einen neoliberalen Dezisionismus. Der abschließende Befund, der *Hayek-Schmitt-Nexus* finde einer Diktatur Salazarischen Typus einen möglichen Fluchtpunkt, ist hiermit selbstredend nicht erschöpfend untersucht und soll als Impuls zur weiteren Vertiefung dienen. Angesichts der ordoliberalen Disziplinierung Europas seit den 2010er Jahren (BIEBRICHER 2021, pp. 233-325; cfr. MALATESTA 2020), die kritische Beobachter an den «in erster Linie mit dem Bedürfnis nach wirtschaftlicher Stabilität legitimiert[en]» technokratischen Salazarismus gemahnte (LUCKE 2011, p. 8), zeigt sich, dass das Echo des Ständestaates nicht nur in Salondiskussionen nachhallt. Vielmehr markiert der *Hayek-Schmitt-Nexus* das autoritär-liberale theoretische Fundament einer realen Politikoption, die eine Verschärfung des autoritären Etatismus bedeutet.

Bibliographische Hinweise

ABENDROTH, WOLFGANG, 1954

Demokratie als Institution und Aufgabe, “Die Neue Gesellschaft”, vol. 1, 1, pp. 34–41.

AHRENS, ERIK, 2020

Rezension. António de Oliveira Salazar – Nationale Revolution und Autoritärer Staat (Drei Reden), <https://web.archive.org/web/20220516113402/https://konflikt-mag.de/antonio-de-oliveira-salazar-nationale-revolution-und-autoritaerer-staat-drei-reden>.

AMLINGER, CAROLIN — NACHTWEY, OLIVER, 2022

Gekränkte Freiheit. Aspekte des libertären Autoritarismus, Suhrkamp, Berlin.

BECHER, PHILLIP, 2021

Rechtspopulismus, PapyRossa, Köln (seconda ed.).

BECHER, PHILLIP — BECKER, KATRIN — RÖSCH, KEVIN — SEELIG, LAURA, 2021

Ordoliberal White Democracy, Elitism, and the Demos. The Case of Wilhelm Röpkke, “Democratic Theory”, vol. 8, 2, pp. 70–96.

BIEBRICHER, THOMAS, 2015

Neoliberalism and Democracy, “Constellations”, vol. 22, 2, pp. 255–266.

Id., 2021

Die politische Theorie des Neoliberalismus, Suhrkamp, Berlin (seconda ed.).

BONEFELD, WERNER, 2017

Authoritarian Liberalism: From Schmitt via Ordoliberalism to the Euro, "Critical Sociology", vol. 43, 4–5, pp. 747–761.

BRASILLACH, ROBERT — MASSIS, HENRI, 2017 (1936)

Die Kadetten des Alcázar, Jungeuropa, Dresden.

BROWNFELD, ALLAN C., 1992

Friedrich A. Hayek. Prophet of Freedom in an Age of Tyranny, "The St. Croix Review", vol. 25, 3, pp. 53–56.

CALDWELL, BRUCE — KLAUSINGER, HANSJOERG, 2022

Hayek. A Life, 1899-1950, University of Chicago Press, Chicago.

CALDWELL, BRUCE — MONTES, LEONIDAS, 2015

Friedrich Hayek and his visits to Chile, "The Review of Austrian Economics", vol. 28, 3, pp. 261–309.

CHAMAYOU, GRÉGOIRE, 2019

Die unregierbare Gesellschaft. Eine Genealogie des autoritären Liberalismus, Suhrkamp, Berlin.

CRISTI, RENATO, 1998

Carl Schmitt and Authoritarian Liberalism: Strong State, Free Economy, University of Wales Press, Cardiff.

DAHRENDORF, RALF, 2004

Der Wiederbeginn der Geschichte. Vom Fall der Mauer zum Krieg im Irak. Reden und Aufsätze, C.H. Beck, München.

DE BENOIST, ALAIN, 1986

Plädoyer für eine organische Demokratie, "Elemente für die europäische Wiedergeburt", vol. 1, 1, pp. 17–19.

Id., 2021

Gegen den Liberalismus. Die Gesellschaft ist kein Markt, Jungeuropa, Dresden.

DE LESQUEN, HENRY, 2015

Le National-Libéralisme, <https://lesquen.fr/le-national-liberalisme>.

DE MONCADA, LUIS CABRAL — SCHMITT, CARL, 1998

Briefwechsel 1943–1973, C.F. Müller, Heidelberg.

DEPPE, FRANK, 1999

Politisches Denken im 20. Jahrhundert. Die Anfänge, VSA, Hamburg.

ID., 2003

Politisches Denken zwischen den Weltkriegen, VSA, Hamburg.

DIETZE, GOTTFRIED, 1978

Rights, Riots, Crimes. On an Aspect of Carl Schmitt's Relevance for Today's Liberal Democracies, "Revue européenne des sciences sociales", vol. 16, 44, pp. 77–122.

DUGIN, ALEXANDER, 2022

Das große Erwachen gegen den Great Reset. Trumpisten gegen Globalisten, Arktos, London.

EGASHIRA, SUSUMU — NAKAYAMA, CHIKAKO, 2013

Hayek's Transformation and his Dissertation, <http://dx.doi.org/10.2139/ssrn.2224370>.

EUCKEN, WALTER, 1932

Staatliche Strukturwandlungen und die Krisis des Kapitalismus, "Weltwirtschaftliches Archiv", vol. 36, pp. 297–321.

FARRANT, ANDREW — MCPHAIL, EDWARD — BERGER, SEBASTIAN, 2012

Preventing the «Abuses» of Democracy: Hayek, the «Military Usurper» and Transitional Dictatorship in Chile?, "American Journal of Economics and Sociology", vol. 71, 3, pp. 513–538.

FARRANT, ANDREW — MCPHAIL, EDWARD, 2014

Can a Dictator Turn a Constitution into a Can-opener? F.A. Hayek and the Alchemy of Transitional Dictatorship in Chile, "Review of Political Economy", vol. 26, 3, pp. 331–348.

FAUST, LENE, 2021

Neofaschismus in Italien. Politik, Familie und Religion in Rom. Eine Ethnographie, transcript, Bielefeld.

FINER, HERMAN, 1945

Road to Reaction, Little, Brown and Co., Boston.

FISAHN, ANDREAS, 2022

Repressive Toleranz und marktkonforme Demokratie. Zur Entwicklung von Rechtsstaat und Demokratie in der Bundesrepublik, PapyRossa, Köln.

FISCHER, KARIN, 2009

"The Influence of Neoliberals in Chile before, during, and after Pinochet", in Mirowski, Philip e Plehwe, Dieter (a cura di), *The Road from Mont Pèlerin*, Harvard University Press, Cambridge / London, pp. 305–346.

FISCHER, MICHAEL W., 1997

“Neonazismus. Seine Philosophie und Strategie”, in Reinalter, Helmut (a cura di), *Die neue Aufklärung*, Verlagshaus Thaur, Thaur / Wien / München, pp. 177–214.

FISICHELLA, DOMENICO, 2004

La Libreria, <https://web.archive.org/web/20040419101112/http://www.alleanzanazionale.it:80/archivio/libreria+.html>.

FRITZSCHE, KLAUS, 1998

“Konservatismus. Entwürfe zur Sicherung sozialer Herrschaft”, in Neumann, Franz (a cura di), *Politische Theorien und Ideologien. Band 1*, Leske + Budrich, Opladen, pp. 267–318 (seconda ed.).

GAMBESCIA, CARLO, 2007

“Prefazione”, in MOLINA CANO 2007, pp. 5–8.

GAY, PETER, 1986

Freud, Juden und andere Deutsche. Herren und Opfer in der modernen Kultur, Hoffmann und Campe, Hamburg.

GESSENHARTER, WOLFGANG, 2003

“Rechtspopulismus und Neue Rechte in Deutschland. Abgrenzung und Berührungspunkte”, in Burmeister, Hans-Peter (a cura di), *Ursachen und Folgen des Rechtspopulismus in Europa*, Evangelische Akademie, Loccum, pp. 113–122.

GEVA, DORIT, 2021

Orbán's Ordonationalism as Post-Neoliberal Hegemony, “Theory, Culture & Society”, vol. 38, 6, pp. 71–93.

GRAMSCI, ANTONIO, 1977 (1932-1935)

Quaderni del Carcere. Volume terzo. Quaderni 12–29, Einaudi, Torino.

Id., 1986 (1919)

“Der Staat und der Sozialismus”, in id., *Zu Politik, Geschichte und Kultur. Ausgewählte Schriften*, Röderberg, Frankfurt/Main, pp. 69–75 (seconda ed.).

HALL, STUART, 1986 (1982)

“Popular-demokratischer oder autoritärer Populismus”, in Dubiel, Helmut (a cura di), *Populismus und Aufklärung*, Suhrkamp, Frankfurt/Main, pp. 84–105.

HANK, RAINER, 2022

Gegen den Populismus. Ohne den Liberalismus wird die Demokratie schnell zur Barbarei, “Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung”, 16 ottobre, p. 18.

HAYEK, FRIEDRICH A., 1959

“Glückwunschadresse”, in Hunold, Albert (a cura di), *Gegen die Brandung*, Rentsch, Erlenbach-Zürich / Stuttgart, pp. 25–28.

Id., 1963

Recht schützt Freiheit, Gesetze töten sie. Missverständnisse über den Rechtsstaat, “Frankfurter Allgemeine Zeitung”, 1/2 maggio, pp. 11–12.

Id., 1971 (1960)

Die Verfassung der Freiheit, Mohr (Siebeck), Tübingen.

Id., 1976

Tipi di mentalità, “Intervento”, vol. 5, 25, pp. 13–20.

Id., 1977 (1976)

“Sozialismus und Wissenschaft”, in id., *Drei Vorlesungen über Demokratie, Gerechtigkeit und Sozialismus*, Mohr (Siebeck), Tübingen, pp. 39–58.

Id., 1978

Internationaler Rufmord. Eine persönliche Stellungnahme, “Politische Studien”, vol. 29, Sonderheft 1, pp. 44–45.

Id., 1983

Nobel Prize-Winning Economist Friedrich A. von Hayek Interviewed by Earlene Craver, Axel Leijonhufvud, Leo Rosten, Jack High, James Buchanan, Robert Bork, Thomas Hazlett, Armen A. Alchian, Robert Chitester, Oral History Program, University of California, Los Angeles.

Id., 2002a (1964)

“Die Anschauungen der Mehrheit und die zeitgenössische Demokratie”, in id., *Grundsätze einer liberalen Gesellschaftsordnung. Aufsätze zur Politischen Philosophie und Theorie*, Mohr Siebeck, Tübingen, pp. 123–141.

Id., 2002b (1966)

“Grundsätze einer liberalen Gesellschaftsordnung”, in id., *Grundsätze*, cit., pp. 69–87.

Id., 2002c (1967)

“Die Verfassung eines freien Staates”, in id., *Grundsätze*, cit., pp. 143–149.

Id., 2002d (1973)

“Liberalismus”, in id., *Grundsätze*, cit., pp. 88–119.

Id., 2002e (1976)

“Wohin zielt die Demokratie?”, in id., *Grundsätze*, cit., pp. 205–216.

Id., 2002f (1978)

“Die Entthronung der Politik”, in id., *Grundsätze*, cit., pp. 217–227.

Id., 2003 (1982)

Recht, Gesetz und Freiheit. Eine Neufassung der liberalen Grundsätze der Gerechtigkeit und der politischen Ökonomie, Mohr Siebeck, Tübingen.

Id., 2006 (1945)

Der Weg zur Knechtschaft. Deutsche Erstausgabe der Reader's Digest condensed version aus dem Jahre 1945, Hayek-Institut, Wien (seconda ed.).

HÖCKE, BJÖRN, 2020

Buchbesprechung «Solidarischer Patriotismus: Die soziale Frage von rechts» von Benedikt Kaiser, <https://www.facebook.com/Bjoern.Hoecke.AfD/videos/buchbesprechung-solidarischer-patriotismus-die-soziale-frage-von-rechts-von-bene/1234228340295774>.

HÖLLWERTH, ALEXANDER, 2007

Das sakrale eurasische Imperium des Aleksandr Dugin. Eine Diskursanalyse zum post-sowjetischen russischen Rechtsextremismus, ibidem, Stuttgart.

HORN, KAREN, 2021

Ökonomik im Stresstest, “Frankfurter Allgemeine Zeitung”, 11 giugno, p. 20.

INSTITUT FÜR STAATSPOLITIK, 2020

Das war die 20. Winterakademie des IFS, <https://staatspolitik.de/das-war-die-20-winterakademie-des-ifs>.

IRVING, SEAN, 2018

Limiting democracy and framing the economy: Hayek, Schmitt and ordoliberalism, “History of European Ideas”, vol. 44, 1, pp. 113–127.

JUNKER, GERD (= GUSTAV JONAK), 1966

Vom Wirtschaftswunder zur nationalen Wirklichkeit. Der Weg Wilhelm Röpkes, “Nation Europa”, vol. 16, 7, pp. 53–60.

KAISER, BENEDIKT, 2018

“Marx von rechts? Ausgangspunkte für einen Neubeginn”, in Id., De Benoist, Alain, Fusaro, Diego, *Marx von rechts*, Jungeuropa, Dresden, pp. 13–64.

Id., 2021

Solidarischer Patriotismus. Die soziale Frage von rechts, Antaios, Schnellroda (seconda ed.).

KALTENBRUNNER, GERD-KLAUS (A CURA DI), 1980

Was ist deutsch? Die Unvermeidlichkeit, eine Nation zu sein, Herder, Freiburg/Basel/Wien.

Id., 1982 (1979)

“Eliten zur Wahl”, in id. (a cura di), *Was anders werden muss. Stichworte für eine politische Alternative*, Herder, Freiburg / Basel / Wien, pp. 160–167.

Id., 2017 (1984)

Elite. Erziehung für den Ernstfall, Antaios, Schnellroda (quarta ed.).

KELSEN, HANS, 2018 (1929)

Vom Wesen und Wert der Demokratie, Reclam, Ditzingen.

KOFLER, LEO, 1975

Soziologie des Ideologischen, Kohlhammer, Stuttgart / Berlin (Ovest) / Köln / Mainz.

ID., 2007 (1968)

Perspektiven des revolutionären Humanismus, ISP, Köln.

KOLEV, STEFAN, 2017

Neoliberale Staatsverständnisse im Vergleich, De Gruyter, Berlin / Boston (seconda ed.).

ID., 2021

When liberty presupposes order: F. A. Hayek's learning ordoliberalism. Freiburger Diskussionspapiere zur Ordnungsökonomik 21/2, Eucken-Institut, Freiburg.

KOLEV, STEFAN — GOLDSCHMIDT, NILS, 2018

Neoliberalism as the Ideology of Depolitization? Eucken and Hayek Reconsidered. Comments on the books by Jakob Friedrich Scherer and Clemens Reichhold, "Ordo", vol. 69, 1, pp. 518–522.

KOLEV, STEFAN — GOLDSCHMIDT, NILS — HESSE, JAN-OTTMAR, 2020

Debating liberalism: Walter Eucken, F. A. Hayek and the early history of the Mont Pèlerin Society, "The Review of Austrian Economics", vol. 33, 4, pp. 433–463.

KUEHNELT-LEDDIHN, ERIK, 1973

"Konservative Intellektuelle in der englischsprachigen Welt", in Kaltenbrunner, Gerd-Klaus (a cura di), *Konservatismus international*, Seewald, Stuttgart, pp. 133–155.

ID., 1991

Die Rote Militärdiktatur, "Criticón", vol. 21, 124, pp. 53–54.

KÜHNEL, REINHARD, 1999

Liberalismus als Form bürgerlicher Herrschaft. Von der Befreiung des Menschen zur Freiheit des Marktes, Distel, Heilbronn.

ID., 2014

Faschismustheorien. Ein Leitfaden, Distel, Heilbronn (seconda ed.).

LANDA, ISHAY, 2021

Der Lehrling und sein Meister. Liberale Tradition und Faschismus, Dietz, Berlin.

LEHNERT, ERIK, 2019

Das politische Minimum, "Sezession", vol. 19, 92, pp. 9–13.

LENK, KURT, 1989

Deutscher Konservatismus, Campus, Frankfurt/Main / New York.

LÖFFLER, BERNHARD, 2002

Soziale Marktwirtschaft und administrative Praxis. Das Bundeswirtschaftsministerium unter Ludwig Erhard, Franz Steiner, Stuttgart.

LÖSCH, BETTINA, 2007

“Die neoliberale Hegemonie als Gefahr für die Demokratie”, in Butterwegge, Christoph, Lösch, Bettina e Ptak, Ralf (a cura di), *Kritik des Neoliberalismus*, VS, Wiesbaden, pp. 221–283.

LOSURDO, DOMENICO, 2012

Der Marxismus Antonio Gramscis. Von der Utopie zum «kritischen Kommunismus», VSA, Hamburg (nuova ed. ampliata).

ID., 2016

Der Klassenkampf oder die Wiederkehr des Verdrängten. Eine politische und philosophische Geschichte, PapyRossa, Köln.

ID., 2017

Wenn die Linke fehlt... Gesellschaft des Spektakels, Krise, Krieg, PapyRossa, Köln.

LUCKE, ALBRECHT VON, 2011

Souverän ohne Volk. Der Putsch der Märkte, “Blätter für deutsche und internationale Politik”, vol. 56, 12, pp. 5–8.

MALATESTA, OLIMPIA, 2020

“Der Ordoliberalismus als politischer Grundsatz der Europäischen Union. Möglichkeit oder Hindernis für eine demokratische Wiederbelebung Europas?”, in Polland, Imke, Basseler, Michael, Nünning, Ansgar e Moraldo, Sandro M. (a cura di), *Europe's Crises and Cultural Resources of Resilience. Conceptual Explorations and Literary Negotiations*, WVT, Trier, pp. 91–110.

MARX, KARL, 1981 (1843/44)

“Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung”, in id. e Engels, Friedrich, *Werke. Band 1*, Dietz, Berlin (RDT), pp. 378–391.

MARX, KARL — ENGELS, FRIEDRICH, 1962 (1845)

“Die heilige Familie oder Kritik der kritischen Kritik. Gegen Bruno Bauer und Konsorten”, in iid., *Werke. Band 2*, Dietz, Berlin (RDT), pp. 3–223.

ID., 1978 (1845/46)

“Die deutsche Ideologie. Kritik der neuesten deutschen Philosophie in ihren Repräsentanten Feuerbach, B. Bauer und Stirner, und des deutschen Sozialismus in seinen verschiedenen Propheten”, in iid., *Werke. Band 3*, Dietz, Berlin (RDT), pp. 9–530.

MATTEI, CLARA E., 2022

The Capital Order. How Economists Invented Austerity and Paved the Way to Fascism, University of Chicago Press, Chicago / London.

MAUS, INGEBORG, 1976

Bürgerliche Rechtstheorie und Faschismus. Zur sozialen Funktion und aktuellen Wirkung der Theorie Carl Schmitts, Fink, München.

MAYER, DAVID — MOLDEN, BERTHOLD, 2021

Die österreichische Schule der Nationalökonomie als politische Strömung. Ursprünge, Entwicklungen und Netzwerke in Österreich. Materialien zur Wirtschaft und Gesellschaft Nr. 220, Kammer für Arbeiter und Angestellte, Wien.

MOHLER, ARMIN, 1974 (1966)

“Gouvernanten-Demokratie”, in id., *Von rechts gesehen*, Seewald, Stuttgart, pp. 106–111.

Id., 1989 (1949)

Die Konservative Revolution in Deutschland 1918–1932. Ein Handbuch, WBG, Darmstadt (terza ed.).

MOLINA CANO, JERÓNIMO, 2007

Röpke, Settimo Sigillo, Roma.

MOUSAVI, SEYED A., 2020

Die Corona-Pandemie und die Rechte, <https://sezession.de/62729/die-corona-pandemie-und-die-rechte>.

MOTTE, ULRICH, 1993

Konservative und Verfassungsreform, “Criticón”, vol. 23, 137, pp. 139–141.

NEUMANN, FRANZ, 2008 (1944)

Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933–1944, EVA, Hamburg.

NOLTE, ERNST, 1986

Vergangenheit, die nicht vergehen will. Eine Rede, die geschrieben, aber nicht gehalten werden konnte, “Frankfurter Allgemeine Zeitung”, 6 giugno, p. 25.

Id., 2002

“Vorwort. Erhellung eines strittigen ‘kausalen Nexus’: der 11. September 2001”, in id., *Der kausale Nexus. Über Revision und Revisionismen in der Geschichtswissenschaft. Studien, Artikel und Vorträge 1990–2000*, Herbig, München, pp. 7–14.

OPITZ, REINHARD, 1979 (1972)

Der Sozialliberalismus, Argument, Berlin (Ovest).

Id., 1985

“Zur Ableitung der Elitekonzeption der ‘Neuen Rechten’ am Beispiel Gerd-Klaus Kaltenbrunnens”, in *Intelligenz, Intellektuelle & Arbeiterbewegung in Westeuropa. Materialien einer Konferenz des IMSF, 16./17. März 1985*, IMSF, Frankfurt/Main, pp. 283–287.

Id., 1996 (1984)

Faschismus und Neofaschismus, Pahl-Rugenstein Nachfolger, Bonn.

OSTERMANN, PATRICK, 2018

Zwischen Hitler und Mussolini. Guido Manacorda und die faschistischen Katholiken, De Gruyter, Berlin / Boston.

PLEHWE, DIETER, 2009

“Introduction”, in id. e Mirowski, Philip (a cura di), *The Road from Mont Pèlerin*, cit., pp. 1–42.

POULANTZAS, NICOS, 1979

«Es geht darum, mit der stalinistischen Tradition zu brechen!» Interview mit Nicos Poulantzas zum autoritären Etatismus in Westeuropa und zur Strategie der Arbeiterbewegung – durchgeführt von Rodrigo Vázquez-Prada, “Prokla”, vol. 9, 37, pp. 127–140.

PTAK, RALF, 2004

Vom Ordoliberalismus zur Sozialen Marktwirtschaft. Stationen des Neoliberalismus in Deutschland, Leske + Budrich, Opladen.

REICHHOLD, CLEMENS, 2018

Wirtschaftsfreiheit als Schicksal. Das politische Denken Friedrich August von Hayeks als de-politisierende Ideologie, De Gruyter, Berlin / Boston.

RÖPKE, WILHELM, 1942

International Economic Disintegration, William Hodge & Co., London / Edinburgh / Glasgow.

Id., 1959 (1923)

“Wirtschaftlicher Liberalismus und Staatsgedanke”, in Hunold (a cura di), *Gegen die Brandung*, cit., pp. 42–46.

Id., 1962 (1933)

“Epochenwende”, in id., *Wirrnis und Wahrheit*, Rentsch, Erlenbach-Zürich / Stuttgart, pp. 105–124.

Id., 1963

Stimmen der Anderen. Ein nützliches Gegengewicht, “Frankfurter Allgemeine Zeitung”, 16 agosto, p. 2.

Id., 1966a

Vom Antigaullismus zum Antigallismus. Eine Mahnung an die allzu eifrigen Kritiker des französischen Staatspräsidenten, “Rheinischer Merkur”, 14 gennaio, pp. 4-5.

Id., 1966b

Torheiten der Zeit. Stellungnahmen zur Gegenwart, Glock und Lutz, Nürnberg.

Id., 1979a (1942)

Die Gesellschaftskrisis der Gegenwart, Haupt, Bern / Stuttgart (sesta ed.).

Id., 1979b (1944)

Civitas Humana. Grundfragen der Gesellschafts- und Wirtschaftsreform, Haupt, Bern / Stuttgart (quarta ed.).

Id., 1979c (1950)

Maß und Mitte, Haupt, Bern / Stuttgart (seconda ed.).

ID., 1979d (1958)

Jenseits von Angebot und Nachfrage, Haupt, Bern / Stuttgart (quinta ed.).

RÜSTOW, ALEXANDER, 1963 (1932)

“Freie Wirtschaft – Starker Staat. Die staatspolitischen Voraussetzungen des wirtschaftlichen Liberalismus”, in Hoch, Walter (a cura di), *Rede und Antwort. 21 Reden und viele Diskussionsbeiträge aus den Jahren 1932–1962 als Zeugnisse eines ungewöhnlichen Gelehrtenlebens und einer universellen Persönlichkeit*, Hoch, Ludwigsburg, pp. 249–258.

SALAZAR, ANTÓNIO DE OLIVEIRA, 1938a (1928)

“Planmäßige Lösung der nationalen Probleme”, in id., *Portugal. Das Werden eines neuen Staates. Reden und Dokumente*, Essener Verlagsanstalt, Essen, pp. 36–43.

ID., 1938b (1930)

“Staat und Revolution”, in id., *Portugal*, cit., pp. 58–71.

ID., 1938c (1930)

“Grundsätze der politischen Revolution”, in id., *Portugal*, cit., pp. 75–97.

ID., 1938d (1931)

“Nationale Diktatur”, in id., *Portugal*, cit., pp. 98–113.

ID., 1938e (1933)

“Die Neuordnung der Wirtschaft”, in id., *Portugal*, cit., pp. 147–165.

ID., 1938f (1934)

“Ständische Gliederung”, in id., *Portugal*, cit., pp. 174–185.

ID., 1938g (1934)

“Die Volksvertretung”, in id., *Portugal*, cit., pp. 215–232.

ID., 1938h (1935)

“Das Staatsoberhaupt”, in id., *Portugal*, cit., pp. 233–240.

ID., 1938i

“Einleitung”, in id., *Portugal*, cit., pp. 19–29.

SCHEUERMAN, WILLIAM E., 2020

The End of Law. Carl Schmitt in the Twenty-First Century, Rowman & Littlefield, London / New York (seconda ed.).

SCHILK, FELIX, 2020

“Die soziale Frage als Ordnungsproblem. Zur ideologischen Konvergenz von Konservatismus und Neoliberalismus in der Neuen Rechten”, in Burschel, Friedrich (a cura di), *Das Faschistische Jahrhundert. Neurechte Diskurse zu Abendland, Identität, Europa und Neoliberalismus*, Verbrecher, Berlin, pp. 113–166.

SCHMIDT, FRIEDEMANN, 2001

Die Neue Rechte und die Berliner Republik. Parallel laufende Wege im Normalisierungsdiskurs, Westdeutscher Verlag, Wiesbaden.

SCHMITT, CARL, 1931

Der Hüter der Verfassung, Mohr, Tübingen.

Id., 1933

Staat, Bewegung, Volk. Die Dreigliederung der politischen Einheit, Hanseatische Verlagsanstalt, Hamburg.

Id., 1934

Der Führer schützt das Recht. Zur Reichstagsrede Adolf Hitlers vom 13. Juli 1934, “Deutsche Juristen-Zeitung”, vol. 39, 15, pp. 944–950.

Id., 1940 (1929)

“Wesen und Werden des faschistischen Staates”, in id., *Positionen und Begriffe im Kampf mit Weimar-Genf-Versailles 1923–1939*, Hanseatische Verlagsanstalt, Hamburg, pp. 109–115.

Id., 1995 (1932)

“Starker Staat und gesunde Wirtschaft”, in id., *Staat, Großraum, Nomos. Arbeiten aus den Jahren 1916–1969*, Duncker & Humblot, Berlin, pp. 75–91.

Id., 2015 (1922)

Politische Theologie. Vier Kapitel zur Lehre von der Souveränität, Duncker & Humblot, Berlin (decima ed.).

Id., 2017 (1923)

Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus, Duncker & Humblot, Berlin (nona ed.).

SCHUI, HERBERT, 2014

Politische Mythen & elitäre Menschenfeindlichkeit. Halten Ruhe und Ordnung die Gesellschaft zusammen?, VSA, Hamburg.

SCHULTES, KARL, 1947

Der Niedergang des staatsrechtlichen Denkens im Faschismus. Die Lehren des Herrn Prof. Carl Schmitt, Kronjurist der Gegenrevolution, Werden und Wirken, Weimar.

SÉGLARD, DOMINIQUE, 2007

“Die Rezeption von Carl Schmitt in Frankreich”, in Voigt, Rüdiger (a cura di), *Der Staat des Dezisionismus. Carl Schmitt in der internationalen Debatte*, Nomos, Baden-Baden, pp. 125–148.

SLOBODIAN, QUINN, 2019

Globalisten. Das Ende der Imperien und die Geburt des Neoliberalismus, Suhrkamp, Berlin.

Id., 2021

Hayek's Bastards. The Populist Right's Neoliberal Roots, “Tribune”, 11, pp. 66–74.

SOLCHANY, JEAN, 2015

Wilhelm Röpke, l'autre Hayek. Aux origines du néolibéralisme, Éditions de la Sorbonne, Paris.

ID., 2018

“Wilhelm Röpke: Why He Was a Conservative”, in Commun, Patricia e Kolev, Stefan (a cura di), *Wilhelm Röpke (1899–1966). A Liberal Political Economist and Conservative Social Philosopher*, Springer, Cham, pp. 165–173.

SON, KYONG-MIN, 2020

The Eclipse of the Demos. The Cold War and the Crisis of Democracy before Neoliberalism, University of Kansas Press, Lawrence.

SPERLING, URTE, 2014

Die Nelkenrevolution in Portugal, PapyRossa, Köln.

WALPEN, BERNHARD, 2004

Die offenen Feinde und ihre Gesellschaft. Eine hegemonietheoretische Studie zur Mont Pèlerin Society, VSA, Hamburg.

WIEGEL, GERD, 2001

Die Zukunft der Vergangenheit. Konservativer Geschichtsdiskurs und kulturelle Hegemonie – Vom Historikerstreit zur Walser-Bubis-Debatte, PapyRossa, Köln.

WILKINSON, MICHAEL A., 2021

Authoritarian Liberalism and the Transformation of Modern Europe, Oxford University Press, Oxford.

WOLPE, HAROLD, 1988

Race, Class & the Apartheid State, UNESCO, Paris.

ZIEBURA, GILBERT, 2003 (1971)

“Frankreich. Theorie und Praxis der V. Republik”, in id., *Frankreich: Geschichte, Gesellschaft, Politik. Ausgewählte Aufsätze*, Leske + Budrich, Opladen, pp. 113–171.